

# Der Grundstein

## Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

### Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom Zentralverband der Maurer Deutschlands, Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Preis für die dreispaltige Zeitungsstelle oder deren Raum 30 M.

### „Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich!“

Der organisierten Arbeiterschaft wird oft verleumderischerweise nachgesagt, sie agitiere nach dem Grundsatze: „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.“ Es ist zuzugeben und soll von uns durchaus nicht bestritten werden, daß hin und wieder von einzelnen Personen unseres Anhanges über die Schürze gehauert wird und daß sie sich sogar zu tiefbedauerlichen Rohheiten hinreißen lassen. Aber es sind immer nur Einzelercheinungen, wofür die Organisation gewiß nicht verantwortlich zu machen ist. Es wäre auch grundverkehrt, mit Drohung und Gewalt Anhänger für unsere Sache gewinnen zu wollen; unser Programm: die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in allen Ständen, kann nur durchgeführt werden mit überzeugten Kollegen, die sich freiwillig und freudig der Disziplin der Organisation unterwerfen, die sich nicht der Erkenntnis widersetzen, daß die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit dafür eintreten, ja ihre beste Kraft dafür einsetzen muß, bessere Lebensbedingungen, materieller und geistiger Natur, für sich zu erkämpfen!

Andere Klassen, andre Sitten! Unser wirtschaftlichen „Antipoden“ — die Unternehmer — haben das Bestreben, sich gleich den Arbeiterorganisationen zu schaffen, und sie haben hierin auch schon bedeutende Fortschritte gemacht. Doch davon soll hier nicht die Rede sein, auch nicht von den Zielen der Unternehmerorganisation. Nur die Agitationsmethode unserer Herren Baumeister wollen wir heute etwas beleuchten. Auch von den führenden Leuten der baugewerblichen Unternehmerorganisation wird den Arbeiterorganisationen häufig und recht heftig vorgeworfen, sie wendeten den abscheulichen Terrorismus an, um sich Arbeiter und Unternehmer gefügig zu machen. Und doch sind gerade die Leiter der „Arbeitgeberverbände“ für das Baugewerbe „Meister in der Anwendung des Terrors.“ Mächtig doch kürzlich der Vorsitzende des Unternehmerverbandes an der Unterwerfung seiner Mitglieder öffentlich darauf aufmerksam, daß sie mit Nichtmitgliedern weder zusammen arbeiten, noch diesen Material liefern dürften. Diefelbe Parole hat nun auch der größte Verband des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, der Berliner, ausgegeben. Die Mitglieder werden zwar „freundlicher“ gebeten, keine Mähen und Dypser zu scheuen, um die Organisation zu stärken; aber gleichzeitig wird auch der Knüttel mit verschickt, womit den sich sträubenden Unternehmern Prügel auf den Magen verabreicht werden sollen. Durch Androhung und Durchführung des wirtschaftlichen Boykotts, durch Entziehung von Arbeit und Material sollen alle baugewerblichen Unternehmer in das Berliner Baunternehmerkartell hineingetrieben oder zur Aufgabe des Geschäftes gezwungen werden. Alle Mitglieder des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten sollen sich folgendes zur Regel machen:

1. Jeder Kostenanschlag, jede Offerte muß mit der Kartellmarke versehen sein, die Ihnen angeht, daß die betreffende Firma dem Kartell zugehört. Fehlt die Kartellmarke, so möchten wir Ihnen empfehlen, immer erst im Mitgliederverzeichnis nachzusehen, ob die Firma dem betreffenden Verbande angehört, ehe Sie sich mit ihr in geschäftliche Unterhandlungen einlassen. Monitoren Sie das Fehlen der Kartellmarke; denn es ist die Pflicht der Firmen, die Ihnen Offerten machen, sich als kartellangehörig zu legitimieren; tun Sie das nicht, so haben Sie sich die etwaigen Folgen selbst zuzuschreiben.
2. Offerten von Firmen, die dem Arbeitgeberverband Ihres Gewerbes nicht an-

gehören, werden zurückgesandt und die hier beiliegende Karte als Begründung für die Ablehnung beigelegt. Solche Karten erhalten Sie in jeder Anzahl kostenlos durch unser Geschäftsamt, und es ist zu wünschen, daß jedes Geschäft einige Karten zur Verfügung hat.

3. Können Sie nicht anders, sehen Sie sich aus irgendwelchen Gründen genötigt, mit Firmen wegen einer Vergebung eines Auftrages in Beziehung zu treten, die nicht dem Kartell angehören, dann stellen Sie dieselben ruhig vor die Alternative:

Entweder Eintritt in den Arbeitgeberverband — oder keinen Auftrag.

Verstöße gegen diese „Regel“ sollen in jedem Falle dem Vorstand gemeldet werden. Ferner werden die Mitglieder dringend gebeten, „das Mitgliederverzeichnis“ daraufhin durchzusehen, ob irgendein befreundeter oder bekannter Kollege dem Verbande noch nicht angehört, und auf diesen bei jeder Gelegenheit solange einzuwirken, bis er seinen Beitritt erklärt hat. Das Geschäftsamt des Verbandes ist bereit, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln eine solche Agitation zu unterstützen.

Das ist die Methode, wonach im Unternehmerbund für das Baugewerbe agitiert wird. Zum Schädel einschlagen wird ja noch nicht aufgefordert; aber das von dem Berliner Verband empfohlene Mittel soll nach dem Wunsche der Herausgeber doch denselben Erfolg haben: Feiß, Vogel, oder stirb!

Uns, den Arbeiterorganisationen, stehen nicht solche Mittel zur Verfügung, wir brauchen sie aber auch nicht und wollen sie selbst dann nicht anwenden, wenn wir die Macht dazu haben. Was unsere Organisation fördern kann, das ist die freundliche Belehrung und Ueberzeugung der Kollegen, die aus Unkenntnis oder Böswilligkeit unserm Bestreben noch fern oder hindernd im Wege stehen. Von diesem Mittel muß allerdings mit aller Kraft und großem Nachdruck Gebrauch gemacht werden. Eingedenk der Sprüche: „Auf einen Hieb fällt kein Baum“ und: „Steter Tropfen höhlt den Stein“, müssen alle Kollegen immer wieder aus innerster Ueberzeugung heraus die Notwendigkeit der Arbeiterorganisation verstanden. Diese Agitation wird uns ohne und gegen jeden Terrorismus zum Siege führen.

### Sozialdemokratie und Gemeindepolitik.

II.

Die weitere Erklärung für die von bürgerlichen Sozialpolitikern geäußerte vornehmliche „Misachtung“ und „Verleumdung“ der Gemeindepolitik durch die Sozialdemokratie liegt in folgenden Tatsachen:

Heute unterliegt es für jeden Logisch denkenden Politiker keinem Zweifel mehr, daß die Aufgaben der Gemeinde, speziell in Ansehung der Arbeiterfrage, vorwiegend sozialpolitischer Natur sind. Die Sozialdemokratie hat sich darüber nie getäuscht, die wir durch zahlreiche Mitteilungen aus ihrer Literatur, die bis in das Ende der sechziger Jahre des verflochtenen Jahrhunderts zurückreichen, nachweisen können. Nur über den Umfang und die spezielle Art dieser Aufgaben konnte sie sich nicht ohne weiteres schlüssig machen. Und weshalb nicht? Weil zunächst abgewartet werden mußte, inwieweit Staat und Reich, deren gesetzgebende und Verwaltungsfunktionen zur Inangriffnahme und Durchführung sozialpolitischer Reformen geneigt und fähig seien. Nichts selbstverständlicher als das! Seit der politischen Neugestaltung Deutschlands in den Jahren 1866 und 1870 steht die Frage der sozialpolitischen Reform auf der Tagesordnung — dank der Sozialdemokratischen Gesetzgebung und öffentlichen Verwaltung haben sich genötigt gesehen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Zahlreiche Gesetze und behördliche Verordnungen sozialpolitischer Natur sind entstanden. Was der praktische Wert derselben noch so ungenügend oder belanglos erscheinen, mögen sie in vielen Ständen sogar geradezu darauf berechnet sein, die propagandistische Kraft der Sozialdemokratie zu „untergraben“

— jedenfalls haben sie die nicht zu unterschätzende Bedeutung, zu beweisen, daß der von der Sozialdemokratie stets und geruame Zeit allein vertretene Grundsatze, die öffentliche Gewalt habe sich der sozialen Fürsorge, und zwar in erster Linie für die Arbeiterklasse, zu unterziehen, Anerkennung und tatsächliche Bewährung gefunden hat.

Mit dem, was Staat und Reich seither auf diesem Gebiete geleistet haben und weiter leisten können und müssen, ist aber noch lange nicht die Frage entschieden, wie und bei welchen Punkten die Teilung der sozialpolitischen Aufgaben zwischen Reich und Staat einerseits und der Gemeinde andererseits zu erfolgen hat. Diese Frage ist noch freilich. Immerhin aber ist man heute, nach einer erfahrungsreichen halb dreißigjährigen Periode sozialpolitischer Reichsgesetzgebung, der Gesetzgebung der Einzelstaaten in vielen Ständen ergänzend zu folgen gezwungen war, in der Lage, die Teilung wenigstens in allen Hauptpunkten zu normieren. Dabei ist es, wie wir weiterhin zeigen werden, ganz unmöglich, die Aufgaben der Gemeindepolitik in wirklich freilichem und sozial-reformerischen Sinne festzustellen, ohne sich an die Voraussetzung weiterer gesetzgeberischer Akte zu halten.

Es ist also ein Mangel, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, sie habe erst in den letzten Jahren „angefangen“, den sozialpolitischen Beruf der Gemeinde zu erkennen“. Als ob die bürgerlichen Sozialpolitiker nicht auch erst den Umfang und die Wirkungen der sozialpolitischen Reichsgesetze hätten abwarten müssen, ehe sie insandt waren, der Gemeinde bestimmte sozialpolitische Aufgaben aufzuweisen. Weitaußers die meisten Schriften, die bürgerliche Sozialpolitiker über kommunale Sozialpolitik verfaßt haben, sind noch keine zehn Jahre alt. In einigen derselben — so z. B. Damaschkes „Vom Gemeinde-Sozialismus“ — sind Ausführungen und Forderungen enthalten, denen wir unbedingt zustimmen. Aber unter diesen Ausführungen und Forderungen befinden sich nur wenige, die nicht lange zuvor schon von Sozialdemokraten gemacht resp. erhoben worden sind. So fordert z. B. das auf dem Parteitag zu Erfurt 1891 beschlossene Programm der sozialdemokratischen Partei außer dem Rechte der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung für die Gemeinde auch noch das gleiche, geheime, direkte Wahlrecht als kommunales Wahlrecht, sowie das Proportionalwahlsystem. Für die Gemeinde kommen weiter in erheblichem Maße folgende Forderungen des Erfurter Programms in Betracht: Die allgemeine Volksschule; die Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Beförderung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden; Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung, einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel; Unentgeltlichkeit der Totenbestattung; fernerweis steigende Einkommens- und Vermögenssteuer zur Verbreiterung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind.

Lange bevor bürgerliche Sozialpolitiker sich über die neugelegten Aufgaben der Gemeindepolitik geäußert haben, ist hier und da in Städten und kleineren Orten Deutschlands die Sozialdemokratie bemüht gewesen, im Geiste ihrer Prinzipien und der Forderungen ihres Parteiprogramms Einfluß auf die Kommunalverwaltung zu gewinnen. Spezielle Kommunalprogramme sind sozialdemokratischerseits allerdings erst im Verlaufe der letzten zwanzig Jahre in einzelnen Städten, Provinzen und Gliedstaaten aufgestellt worden. Sie wiesen anfänglich mangelhaft auftretende Verschiedenheiten, ja selbst einander widersprechende Forderungen auf. Das kann nicht wundernehmen, da es sich um eine ganz neue Proboganda auf dem Gebiete lokaler Interessen handelte, die ja nach den lokalen Verhältnissen in manchen Städten mehr oder weniger verschieden sind. Die letzten zehn Jahre haben jedoch das Bestreben gezeigt, sowohl die Grundzüge wie die Forderungen der sozialdemokratischen Kommunalprogramme möglichst einheitlich zu gestalten. Das hat in erheblichem Maße, unter Vermeidung einer Schablonisierung, die der notwendigen und berechtigten Berücksichtigung bestimmter eigener Bedürfnisse in der Gemeinde wiederstreben würde, auch bereits gelungen.

Interessanter bemerkt Damaschke: „Die wirtschaftlichen Interessen sind andre in einer Millionenstadt und andre in einem Gebirgsdort, andre in einem Bergmannsrevier und andre in einer Ackerbau treibenden Gegend.“ Die sozialpolitische Beteiligung innerhalb der Gemeinde kann individuell gestaltet, die Wahrheiten der Sozialreform können gleichsam der persönlichen Konstitution des einzelnen wirtschaftlichen Gebietes angepaßt werden.“

Die Sozialdemokraten haben sich in erster Linie von der sehr richtigen Erwägung leiten lassen, daß es notwendig sei, die Kommunalprogramme im Sinne des Programms der Sozial-

Politische Umschau.

Großer sozialdemokratischer Wahlsieg. — Niederlage des Freisinn in Meiningen. — Das Ende des Liberalismus. — Offener Brief des demokratischen Abgeordneten Gaußmann an Bebel und Bebel's Antwort. — Würdigung dieser Auseinandersetzung. — Berechtigte Vorhalte an die liberalen Parteien. — Landtagswahl in Sachsen.

Unter den innerpolitischen Ereignissen der Verichtswoche, die besonders Interesse für unsre Leser haben, steht ein großer sozialdemokratischer Wahlsieg obenan. Er wurde am 4. Oktober im Herzogtum Meiningen bei den allgemeinen Wahlen zum Landtage erkämpft. Der Meiningener Landtag besteht aus 24 Abgeordneten, von denen 16 durch allgemeine Wahlen, vier durch die Großgrundbesitzer und vier durch die höchstbesteuerten zu wählen sind. Es handelt sich also um acht privilegierte Mandate, an deren Eringung für die Sozialdemokratie natürlich nicht zu denken ist; nur bei den allgemeinen Wahlen können sie Erfolge erzielen. Bei diesen ist es ihnen jetzt schon im ersten Wahlgange gelungen, die absolute Majorität mit neun Mandaten gegen vier bürgerliche zu erringen. Es müssen drei Stimmwahlen stattfinden, an denen ein Sozialdemokrat beteiligt ist. Im letzten Landtage hatten die Sozialdemokraten sieben Mandate inne, sie haben also jetzt zwei hinzu gewonnen, und zwar unter starker Zunahme ihrer Stimmen. In Saalfeld siegte der sozialdemokratische Kandidat Hoffmann mit 1800 Stimmen über den bürgerlichen Kandidaten, der nur 600 Stimmen erhielt. In Hüttensteinach ging der sozialdemokratische Kandidat Knauer mit 1400 Stimmen Mehrheit als Sieger hervor. Meinerseits gewählten Sozialdemokraten hatten eine Mehrheit von mindestens 800 Stimmen. Besonders beachtenswert ist, daß in der Residenz Meiningen, in der früher nur wenige sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, jetzt deren 844 zu verzeichnen waren; in der freisinnigen Hochburg Lauterbach, die früher nicht eine einzige sozialdemokratische Stimme hatte, fielen jetzt 501. Alle die von den Sozialdemokraten eroberten Wahlkreise haben vorwiegend ländliche Bevölkerung.

In Anbetracht alles dessen dürfen wir wohl sagen, daß die Sozialdemokratie ein glänzendes Resultat erzielt hat. Der Liberalismus hat einen schweren Schlag erhalten. Das gewaltige Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen fällt nur um so schärfer ins Auge, wenn man damit das Ergebnis der Reichstagswahlen des Jahres 1907 in den beiden meiningischen Reichstagswahlkreisen vergleicht. Damals wurden die freisinnigen Abgeordneten Dr. Müller-Meiningen und Anders schon im ersten Wahlgange gewählt. Es wurden in beiden Wahlkreisen 17 885 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, denen 81 645 bürgerliche Stimmen gegenüberstanden. Und heute, nach 2½ Jahren, ist bei den allgemeinen Wahlen zum Landtag die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen beinahe verdoppelt, daß sie ausreichen, von 16 Mandaten neun Mandate schon im ersten Wahlgange zu erringen. Mit Wegung auf dieses Ergebnis nennt die liberale „Sonnenberger Zeitung“ Meiningen das „rote Herzogtum“. Die liberale Presse führt den sozialdemokratischen Sieg in erster Reihe auf den Kampf zurück, der durch die unehelichmässig hohe Zivilliste des Herzogs herbeigeführt worden ist. Ohne Zweifel kommt dieser Kampf mit in Betracht. Ihn haben aber nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Freisinnigen geführt, die sich dabei einen recht radikalen Anstrich gaben und es an schönen Versprechungen an die Wähler nicht fehlen ließen. Wenn sie nun trotzdem von den Sozialdemokraten so erheblich zurückgedrängt wurden, so ist es doch ganz offenbar, daß die ganz veränderte politische Stimmung der Bevölkerung zu ihren Ungunsten entschieden hat. Die Freisinnigen haben die Quittung für den volksverräterischen Anflug ihrer Wähler erhalten. Große Massen bürgerlicher Wähler haben sich ihm abgewandt und die Sozialdemokratie unterstützt, weil sie zu diesem „Freisinn“ und seiner Führerschaft kein Vertrauen mehr haben können.

Wird der Liberalismus aus den Erfahrungen, aus der bösen Situation, in die er sich selbst durch den biopolitischen Zauber gebracht hat, die richtigen Lehren ziehen? Daß sich innerhalb der liberalen Parteien eine lebhaftere Bewegung vollzieht, will beachtet sein. Ein großer Teil der Nationalliberalen sucht offenbar wieder den Anschluß nach rechts an die Konservativen; ihnen ist selbst der so sehr gerüttelte Freisinn ein unheimlicher Geselle, mit dem sie dauernd nicht gerne zu tun haben möchten. Der Nationalliberalismus hatte sich mit den Konservativen und Agrariern ja schon so einig verdrückt, daß man seine Sehnsucht nach Wiederherstellung des alten Verhältnisses begreiflich findet. In den freisinnigen Parteien wird andauernd die Frage des engern Zusammenflusses dieser Parteien bezw. die Bildung einer einheitlichen liberalen Partei erörtert. Bis jetzt haben diese Erwägungen aber zu keinem greifbaren Resultat geführt und es scheint,

demokratischen Partei abzufassen. So heißt es in dem Kommunalwahlprogramm der Sozialdemokraten des Großherzogtums Hessen: „Die von den Parteigenossen als Vertreter der Sozialdemokratie zu wählenden Gemeinderäte müssen das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands als für sie bindend anerkennen und in der Richtung folgender Forderungen wirken“ usw.

Mit der Mobilisation der Kommunalprogramme, auf die die von der Sozialdemokratie aufzustellenden Kandidaten sich verpflichten müssen, ist eine Gewähr dafür geschaffen, daß sozialdemokratische Vertreter in der Kommunalverwaltung nicht auf wirkliche Abwege geraten. Die weitere Gewähr dafür liegt in der Vorherrschaft der Parteigenossen bei der Auswahl ihrer Kandidaten, sowie darin, daß sie die Tätigkeit ihrer Vertreter gewissenhaft überwachen und energisch unterstützen, auch etwa strittig werdende kommunalpolitische Fragen zu rechter Zeit entscheiden. Auch auf dem Gebiete der Kommunalpolitik ist, wie auf dem Gebiete der allgemeinen Politik, in Sachen der Kritik die Erfahrung die beste Lehrmeisterin.

Unser Erachten ist es weit besser, daß die Feststellung und Mobilisation der sozialdemokratischen Kommunalprogramme im ersten Stadium der Entwicklung sozialdemokratischer Kommunalpolitik durchaus der freien Initiative der Parteigenossen entspringen ist, als wenn ein Parteitag der Gesamtpartei es schon früher unternehmen hätte, ohne weiteres die Festlegung in den kommunalen Fragen vorzuschreiben. Diese freie Initiative hat unter stetig schärferer und konsequenter Berücksichtigung des Parteiprogramms die überaupt des Geistes der Sozialdemokratie ein viel solideres Fundament für sozialdemokratische Kommunalpolitik geschaffen, als Beschlüsse eines Parlamentes der Gesamtpartei es vermocht hätten. Wie die Dinge auf diesem Gebiete sich entwickelten, war es allerdings aus tatsächlichen Gründen geboten, daß ein Parteitag der Gesamtpartei eine Deklaration, betreffend die leitenden Grundsätze und Forderungen sozialdemokratischer Gemeindepolitik, im Zusammenhang mit dem Parteiprogramm gab. Es geschah das im Jahre 1904 (Vremers Parteitag). Die von diesem Parteitag angenommene Resolution handelt von der Verwaltung der Gemeinde, dem Gemeindesteuerverwesen und der kommunalen Arbeiterpolitik. Ein allgemein und in allen Einzelheiten bindendes Kommunalprogramm wird ein Parteitag der Gesamtpartei nicht aufstellen können, weil in jedem solchen Programm besondere Verhältnisse der einzelnen Staaten, Provinzen und Gemeinden berücksichtigt werden müssen, genau so wie in den Programmen für die Landtagswahlen Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse und Einrichtungen des Landes zu nehmen ist. Lediglich darauf kommt es an, daß ein Kommunalprogramm für Sozialdemokraten dem Parteiprogramm nicht widerspricht, daß seine Richtung bestimmt wird von dem Geiste, den Prinzipien und Forderungen der Gesamtpartei.

Daß die Erfolge, die die englische und französische Arbeiterbewegung in den Gemeinden erzielt hat, erheblich mit dazu beigetragen haben, die deutsche Sozialdemokratie auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Gemeindepolitik hinzuweisen, ist eine von unsrer Seite stets offen anerkannte Tatsache. Verfasser dieses hat vor Jahren schon auch im „Grundstein“ des öfteren auf den Kommunalsozialismus in England und Frankreich hingewiesen. Und Karl Kautsky schreibt:

„Der sogenannte Municipal-Sozialismus ist in manchen Ländern, so in Frankreich und England, von der größten Bedeutung geworden. Es ist einleuchtend, daß unter sonst gleichen Umständen, namentlich gleichen Wahlrechten, das Proletariat in den Kommunalvertretungen der industriellen Zentren eher zu einer ausschlaggebenden Macht werden kann, als in den Reichsvertretungen; denn in jenen Zentren bildet die industrielle Arbeiterbevölkerung die große Majorität, im Lande die Minorität; in den Industriegemeinden herrscht reges geistiges Leben, auf dem Haften Lande geistige Rückständigkeit und Trägheit. Und wo die Arbeiter in Massen zusammenwohnen und -arbeiten, sind sie von einer ganz andern Unabhängigkeit, als wo sie gestreut leben und leicht überwandt werden können. Die Gemeinden können die geistige und physische Erziehung des Proletariats sehr beeinflussen durch hygienische Maßregeln (namentlich Wohnungs- und Nahrungsmittelhygiene) und durch die Gestaltung des Elementarunterrichts. Sie können aber auch die Arbeitsbedingungen beeinflussen bis zu einem gewissen Grade durch behördliche Vorschriften, mehr noch aber dadurch, daß sie selbst Unternehmer sind.“

Wirtschaftliche Rundschau.

Herbstbelebung. — Erholung im deutschen Eisengewerbe und die Stabeisenkonvention. — Kurstreibereien am Industriemarkt. — Der Arbeitsmarkt im Tabakgewerbe.

Seit dem Monat August macht sich eine kräftige Belebung von Handel und Wandel bemerkbar. Die zuversichtlichen Erwartungen auf die Herbstsaison sind, von unerfreulichen Kellererscheinungen abgesehen, für den Waren- und Geldmarkt in Erfüllung gegangen; ebenso hat die Warenherstellung und damit auch der Arbeitsmarkt kräftige Anregungen empfangen. Die Belebung von Handel und Wandel während der Monate August bis Oktober ist aber eine regelmäßige Erscheinung, die ebenso in Jahren des Aufschwunges wie des Niederganges gutartige tritt. Es kommt daher ganz und gar auf den Grad dieser Belebung an, wenn man aus der herbstlichen Belebung auf die Richtung der Konjunkturlinien schließen will. Auch der Herbst der Jahre 1907 und 1908 zeigte eine Belebung, aber trotzdem konnte man damals aus ihr keine optimistischen Schlüsse auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage ziehen. Ganz verschieden davon liegen die Verhältnisse heute. Die Herbstbelebung tritt mit einer Intensität hervor, die eine Gewähr dafür bietet, daß die Richtung der Konjunkturlinien wieder nach aufwärts geht.

Vor allem ist nunmehr auch die deutsche Eisenerzeugung in der Erholung so weit vorgeschritten, daß Angebot und Nachfrage wieder mehr ins Gleichgewicht kommen. Die deutsche Eisenerzeugung hat unter dem ge-

werblichen Niedergang besonders dadurch so stark gelitten, daß die gemischten Stahl- und Eisenwerke ihre Leistungsfähigkeit in einer die reinen Betriebe ruinierenden Weise spielen ließen. Sie konnten die Preise äußerst brüden, ohne dabei mit direktem Verlust zu arbeiten, bekamen auf diese Weise das verfügbare Arbeitsquantum herein und bewiesen den reinen Betrieben, daß ihre Politik, bei der Bildung von Verbänden an Forderungen festhalten zu wollen, die den gemischten Werken nicht tonenierten, nur zum Schaden der reinen Werke ausschlagen müssen. Wieviel stärker infolge dieser Politik die Preise auf dem deutschen Eisenermarkt zurückgegangen sind als die Preise in anderen Ländern, das erkennt man schon daran, daß die Preise für englisches Eisen in Deutschland um ein Vielfaches weniger gefallen sind als die Preise für deutsches Eisen. Zwar haben auch die großen gemischten Werke unter den Folgen ihrer Politik zu leiden, als die finanziellen Ergebnisse mehr oder weniger ungünstig ausgefallen sind, aber gegenüber der Position der reinen Werke stehen sie nach dieser Periode des Wettkampfes um so gestärkter auf dem deutschen Markte da. Und wenn jetzt bei den reinen Werken eine weitgehende Vereinigung besteht, sich bei einer Verbandsbildung zu beteiligen, so sind sie eben durch die letzten zwei Jahre mirde gemacht worden. So erfahren wir, daß nicht nur eine vorläufige Stabeisenkonvention zustande gekommen ist, die sich aber nur auf die Verkaufstätigkeit während der nächsten Monate bezieht, sondern daß auch die inzwischen wieder aufgenommenen Verhandlungen wegen der Bildung eines Stabeisenverbandes mehr Aussicht auf Erfolg versprechen, als dies vor dem Eintritt des Niederganges der Fall gewesen war. Wenn jetzt nur nicht den reinen Werken gute Freunde ersehen, die ihnen auf Staatshilfe Hoffnungen erwidern, die nicht erfüllt werden können. Im Anschluß an die gemischten Betriebe können die reinen Werke relativ noch am besten ihre Erziehung und ihr Geschick retten.

An der Börse freilich sieht es schon so aus, als ob wir schon der Höhe des wirtschaftlichen Aufschwunges nahe wären. Die Kurstreibereien am Industriemerkte haben im September einen erstaunlichen Umfang angenommen, und die Absicht der Reichsbank, durch die Diskonterhöhung die Kaufbewegung etwas zu dämpfen, hat sich bisher nicht bewirkt. Fragt man nach den Urhebern dieser Kurstreibereien, so bekommt man zur Antwort: Das ist das Privatpublikum aus der Provinz, das sich jetzt mit Macht an die Börse drängt und von der aufsteigenden Bewegung profitieren will. Gegen diese Strömung ist nicht anzukämpfen. Das ist eine unorganisierte Masse, die, einmal in Bewegung gebracht, auf keine Warnung mehr hört. Diese Antwort ist nur bis zu einem gewissen Grade richtig. Die Masse der mittleren und kleineren Privatkapitalisten arbeitet mit Banken und Bankiers. Wenn diese Kreise ihre Kaufofferten plötzlich und en masse an die Börsen gelangen lassen, so sind sie dazu animiert worden. Und wer hat in letzter Linie die Kaufbewegung entfacht? Es sind die Stimmungsberichte der Banken und die Äußerungen der Bankiers, durch die die geschloffenen Kapitalisten in Bewegung gesetzt worden sind. Leider erscheinen diese Stimmungsberichte, durch die das Heer der Privatkapitalisten in der Hauptsache angeleitet wird, unter Ausschluß der Öffentlichkeit — zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft. Würden diese Berichte einer Kontrolle ausgesetzt sein, so würde wohl diese unausfallsame Kaufbewegung, gegen die nicht anzukämpfen sein soll, ihren gegenwärtigen Umfang nicht erreicht haben. Diese Stimmungsberichte aber bedürfen gerade deswegen für der Kritik, weil sie mit größter Vorsicht und unter Wahrung strengster Objektivität abgefaßt, gerade die Wirkungen ausüben, die von den Freisinnern beabsichtigt ist.

Auch am Arbeitsmarkte zeigt sich die Herbstbelebung insofern, als die Nachfrage nach Arbeitskräften sich erheblich gesteigert hat und die Neueinstellungen zunehmen; aber gleichzeitig wächst eben auch das Angebot in einer recht unangenehmen Weise. Es kommen noch neue Zugänge vom platten Land, aus den Garnisonen, die besonders im Oktober den Arbeitsmarkt stark belasten werden. Trotz der Zunahme der Arbeitsgelegenheit zeigt die Nachfrage noch lange nicht aus, um das Ueberangebot auf einen normalen Stand zurückzuführen. Daran ist bei dem Umfang des Angebots vor Frühjahr 1910 überhaupt nicht zu denken. In manchen Gewerben sieht es sogar zurzeit auf dem Arbeitsmarkt noch recht trübe aus. Wir möchten hier nur auf die Lage der Tabakarbeiter hinweisen. Vor dem Inkrafttreten der neuen Steuer wurde die Erzeugung in ganz exzeptioneller Weise ausgedehnt; die Zahl der Arbeitskräfte wurde nach Möglichkeit gesteigert, die Leistung des einzelnen Arbeiters erhöht — kurz, es wurde mit Volldampf auf Vorrat und auf Bestellung gearbeitet. Bis zum Inkrafttreten der Steuer waren nicht nur alle Vorräte ausverkauft, die bis zu dem Termin in Auftrag gegebenen Bestellungen konnten noch nicht einmal alle erledigt werden. Kurz, es fand in wenigen Wochen eine Vorbereitungsphase des Handels und teilweise des Konsums statt, die zwar für einige Zeit reichlichen Verdienst und volle Arbeit gebracht hatte, der aber eine starke Reaktion folgen mußte. Mit dem Inkrafttreten der Steuer schlang der Beschäftigungsgrad um. An Stelle des flotten Tempos trat eine weitgehende Ermattung; Arbeiter wurden sparsamweise entlassen, teils dauernd, teils für einige Zeit. Die Erzeugung wurde auch für den lebenden Arbeiterstamm herabgesetzt, so daß am Arbeitsmarkt für Tabakarbeiter ein Anschwellen des Andranges stattfand, wie er selbst während der Zeit der stärksten Krise kaum zu beobachten war. Wenn auch die jetzige Stagnation nicht allzulange anhalten dürfte, so ist doch die augenblickliche Lage der Arbeiter so beklügend, daß die Reichsregierung gut daran tun würde, bei der vorgezogenen Unterstützung der in Not geratenen Arbeiter den Formalismus nicht auf die Spitze zu treiben.

Berlin, am 8. Oktober 1909. Rich. Galtner.

daß sie dazu auch nicht führen werden. Die längere bürgerlich-demokratische Richtung, die es hier und da in Norddeutschland, besonders in Berlin, zu einigen Organisationen gebracht hat, vertritt sehr energisch die Forderung des Einflusses aller echten Liberalen an die Sozialdemokratie sowohl bei den Wahlen als im politischen Kampf überhaupt. Die süddeutsche Demokratie ist auf der merkwürdigen Praxis übergegangen, der Sozialdemokratie „gute Lehren“ zu erteilen und sie zu ermahnen, sich zu bessern. Ihr Führer, der Reichstagsabgeordnete Hausmann richtete an den Abgeordneten Nebel einen offenen Brief, in dem er alles zusammentrug, was bisher schon an Vorwürfen gegen die Sozialdemokratie geleistet worden ist. Die Sozialdemokratie soll sich in Widersprüche verwickeln und vornehmlich durch ihre Klassenkampftaktik der Reaktion „unerschütterbare Dienste“ leisten; sie vernachlässige die Erziehung des Volkes und betriebe unfruchtbare Demonstrationen politisch mit der „Tendenz zur Gewalttätigkeit“ und unter „Ausfaat von Haß, Gift und Galle“; die Sozialdemokratie lode mit „unerfüllbaren Versprechungen“. Auf diese Weise isolierte sich die Sozialdemokratie und verjäherte das Aufkommen eines wirklichen Liberalismus.

Selbst ein freisinniges Blatt, das „Berliner Tageblatt“, nennt Hausmanns offenen Brief eine „antiozialistische Philippika“. Nebel hat nicht geögert, ihm öffentlich zu antworten. Er führt aus, daß die Sozialdemokratie begre, die Arbeiterklasse genau so konsequent ihre eigenen Wege gehen müsse, wie das Bürgerium das tat und tun mußte, um in seinem Klassenkampf die feudale Gesellschaft zu überwinden. Die Arbeiterklasse, deren politischer Repräsentant die Sozialdemokratie ist, kann auf ihre Klassenforderungen ebensovienig verzichten, wie das Bürgerium der feudalen Gesellschaft gegenüber auf die feinen verzichten hat. Ein Unterschied freilich besteht: „Indem die moderne Arbeiterklasse die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen beseitigen will, um eine Gesellschaft von Freien und Gleichen zu schaffen, fällt auch jede Klassenherrschaft; die nunmehr keine Existenzberechtigung mehr hat.“

Nebel erklärt dann weiter, daß alles, was die Sozialdemokratie erstrebe, nicht von heute auf morgen durchsetzbar ist: „Wir marschieren in Etappen.“ Jeder Fortschritt auf irgend einem Gebiete führt uns näher ans Ziel. Damit müssen wir den Fortschritt auf allen Gebieten erstreben wollen. Deshalb werden wir auch jede ehrlich-liberale Forderung, die die Vertreter des Bürgeriums an den Staat stellen, kräftig unterstützen. Das haben wir bisher getan und werden wir ferner tun, und es wird mir und sehr auch allen meinen Parteigenossen nur angenehm sein, wenn wir recht oft in die Lage kommen, die Forderungen der bürgerlichen Parteien unterstützen zu können. Auf unsre weitergehenden Forderungen verzichten wir damit nicht, wir hören sonst auf zu sein, was wir sind.“

Daß die Ausführungen Nebels die Liberalen nicht befriedigt haben, ist ganz natürlich. Wir müssen dazu folgendes bemerken: Kein wahrer Sozialdemokrat hat jemals bestritten, daß der demokratische Sozialismus einem stetigen Entwicklungsprozeß unterworfen ist, der in der Richtung geht, die Grundzüge zu klären und zu festigen, aufzuräumen mit überlebten Anschauungen, dem Volkswuß und der allgemeinen Kultur in immer höherem Maße zu dienen. Aber davon können die Grundprinzipien und Grundrichtungen der Partei nicht berührt werden. Der demokratische Sozialismus hat die große geschäftliche Aufgabe, eine neue Gesellschaftsordnung auf der Basis des Rechtes der Arbeit und der vollendeten menschlichen Freiheit herbeizuführen. In dieses Bestreben zieht er konsequent das Wirken für die Erfüllung aller echt liberalen Forderungen ein, die das Bürgerium nicht zu erfüllen vermocht hat. Die Sozialdemokratie regiert den Liberalismus nicht, sie bezieht ihn streng logisch ein in ihre Theorie und Praxis; sie verbündet Demokratismus und Sozialismus in enger Weise zu einem System, das hinausführt über Klassengegensätze und Klassenkampf, allerdings nur durch den Klassenkampf. Die Art und Weise, wie dieser Kampf geführt wird, hängt ab von dem Verhalten, das die öffentlichen Gewalten, die herrschenden Klassen und Parteien gegenüber der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie beobachten. Je größer das Unrecht, das dieser Klasse und dieser Partei zugefügt wird, je schärfere Formen nimmt natürlich auch der Klassenkampf an.

Darüber hätte der Abgeordnete Hausmann sich gerade durch die Erklärungen der letzten Zeit belehren lassen können. Der Liberalismus in Deutschland hat Jahrzehnte hindurch im Grunde mit den ausgesprochen reaktionärsten Elementen, den Konservativen und Merkmalen, die Entwicklung einer gesunden Sozialpolitik zugunsten der Arbeiterklasse verhindert und eine Wirtschaftspolitik betrieben, die diese Klasse in schwerster Weise schädigt. Die liberalen Parteien sind mitverantwortlich für die geradezu ein Verbrechen am Volke darstellende unheilvolle Rolle und Eigen-

politik des Reichs. Diese Politik ist dem Klassenherzschaffsinteresse entsprungen und sie mußte notwendig zu einer erheblichen Verschärfung des Klassenkampfes treiben, in dem alle die berechtigten Forderungen und Bestrebungen des Proletariats zum Ausdruck kommen. Unwahrhaftigkeit, politische Heuchelei war immer ein Grundzug des Charakters unfrzr liberaler Parteien. Er ist es auch jetzt noch. Da jammern die nationalliberalen und freisinnigen Wortführer und Zeitungen unausgesetzt über das neue Steuerunheil, insbesondere über die neuen Zollserhöhungen und die Erhöhung und Vermehrung der Verbrauchsabgaben. Sie machen dem konservativ-merkmalen Volk, dem wir diesen neuen Segen verbanten, die gewiß nicht unbedenkten schwersten Vorwürfe. Aber sie möchten die öffentliche Meinung hintertäuschen über die Tatsache, daß im Reichstage sowohl die Freisinnigen wie die Nationalliberalen genau so wie die Konservativen und Merkmalen bereit gewesen sind, 400 Millionen Mark neuer indirekter Steuern zu bewilligen. Die Freisinnigen hatten u. a. eine Tabaksteuer-Erhöhung um 60 Millionen, die Nationalliberalen eine solche um 90 Millionen beantragt, während der neue Block 43 Millionen bewilligte. Auch diese Ungerechtigkeit ist wahrlich noch groß genug. Aber größer noch wäre doch die Ungerechtigkeit gewesen, wenn der freisinnige oder der nationalliberale Antrag Annahme gefunden hätte. Das steht unantastbar fest: hätten die liberalen Parteien mit den Konservativen im Rahmen der alten Volksherrschaft die Reichsfinanzreform gemacht, sie würde in der Hauptsache, im Punkte der indirekten Steuern, nicht weniger unheilvoll ausgefallen sein, als der neue Block sie gestaltet hat. Was nutzen denn alle schönen Redensarten über echt liberale Prinzipien und Bestrebungen, wenn es keine wirkliche liberalen Parteien mehr gibt! Statt sehr unangebrachte Kritik an der Sozialdemokratie zu üben, die in der Vertretung der Volksinteressen stets grundsätzelt und praktisch-konsequent geblieben ist, sollten die Liberalen, besonders ihre Führer, Einkehr in sich selbst halten, um zur Besserung zu gelangen. Ein Beispiel sollten sie sich nehmen an der sozialdemokratischen Partei und der organisierten Arbeiterschaft, ihre bösen Vorurteile gegen die „rote Partei“ sollten sie überwinden; aufhören sollten sie endlich wenigstens mit den reaktionären Gewalten und Parteien gemeinsame Sache gegen Sozialdemokratie und Arbeiterklasse zu machen. Solange der Liberalismus nicht den Beweis erbringt, daß er in sich noch die Fähigkeit hat, aus echt liberalen Grundzügen heraus sich zu reformieren, um im Bunde mit der Sozialdemokratie der Volkssache gerecht zu werden, solange verdient er höchstens Mitleid und nachlässige Behandlung. Nicht aber Anerkennung als freihändlerischer Kampffaktor.

Am 21. Oktober finden in Sachsen die Wahlen zum Landtag statt, die diesmal nach einem neuen, immer noch recht reaktionären Wahlsystem vorgenommen werden. Wir fordern unsre Kollegen auf, am Tage der Wahl ihre Pflicht zu tun und mit dafür Sorge zu tragen, daß auch in diesem reaktionären Parlament endlich wieder wirkliche Volksvertreter hineinkommen.

**Die Furcht des Zentrums.**

Nachdem die Aufklärung der Arbeiterpresse über die Laten des Zentrums bei der Reichsfinanzreform“ auch unter den katholischen Arbeitern zu wirken beginnt und die Gefahr besteht, daß dem Zentrum größere Arbeitermassen für immer verloren gehen, bekommt man es in schwarzem Lager mit der Angst zu tun. Durch eine Gegenagitation soll der „Verhehung des Volkes durch die Sozialdemokratie“ entgegengewirkt und die Köpfe derer, die nicht alle werden, auf neue berkeifert werden. Wie dies geschehen soll, ergibt sich aus einem dem „Vorwärts“ zugegangenen Zirkular, das der Generaldirektor für das katholische Deutschland, der Reichstagsabgeordnete Dr. A. Pieper, an die Zentrumsvertrauensleute Deutschlands gerichtet hat. Danach wird der Volksverein in Kürze ein zweites Steuerflugblatt herausgeben, das sich kräftig gegen die sozialdemokratische Steuerhebe richtet. „Dieses Flugblatt soll, wie das erste, gemeinsam von den Geschäftsführern des Volksvereins und den Mitarbeitersekretariaten systematisch in allen Bezirken verbreitet werden. In 14 Tagen wird eine Agitationsnummer der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ erscheinen, die sich ausschließlich mit der Steuerhebe befaßt. Das darin gebotene Material soll dann in Versammlungen, Diskussionen, Vereinsvorträgen und Unterrichtsreisen nutzbar gemacht werden.“ Wichtiger als Flugblätter und Schriftentbeilagen seien aber aufklärende Versammlungen, in denen „eine gut vorbereitete Diskussion stattfindet“.

Die Versammlungen, in denen Zentrumsabgeordnete sprechen sollen, was — nebenbei gesagt — auch wieder ein „Beweis“ für die „politische Neutralität“ der christlichen Gewerkschaften ist, sollen möglichst reine Arbeiterversammlungen sein. Vor ihrem Stattfinden sollen große Vertrauensmännerversammlungen einberufen werden, zu denen solche Arbeiter eingeladen sind, die auf dem Boden der Zentrumspartei stehen und in den Arbeitervereinen, in den christlichen Gewerkschaften, im Volksverein und in der Zentrumspartei in hervorragendem Maße tätig sind. Diese Vertrauensmännerversammlungen haben die nachfolgenden großen Arbeiterversammlungen in allen Teilen gut vorzubereiten. Vorbereitung des

Gelingens der Versammlungen ist zahlreicher Besuch; für diesen Besuch muß persönlich nachdrücklich geworben werden. Dazu dienen Handzettel. Hier und da hat es sich auch bewährt, Eintrittskarten zu 10 S während einer Woche vor der Versammlung eigrig verkaufen zu lassen, das erfahrungsgemäß die Käufer dann auch zur Versammlung kommen. Ferner muß die Diskussion gut vorbereitet werden. Geeignete Diskussionsredner sind vorher zu gewinnen, ebenso ist festzusetzen, welche Punkte in der Diskussion herborgehoben werden sollen usw. Erfreulich ist, daß man auch etwa anwesenden Sozialdemokraten in der Diskussion das Wort geben will, weil es „unangebracht“ wäre, „Gesuche um Beteiligung an der Diskussion einfach abzulehnen“. — Wir befürchten nur, daß das Zentrum die Redefreiheit für die Gegner allzuehr einschränken wird. Ist dies nicht der Fall, dann wird es durch diese Gegenagitation seine Stellung wohl kaum verbessern können.

**Maurerbewegung.**

**Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.**

Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

**Deutschland:**

**Mauerer:**

**Schleswig-Holstein:**

Nielsen (Sperrt über Schmidt in Kasdorf), Oldesloe (Sperrt über Meyer aus Segeberg), Eutin (Sperrt über den Bau des Wasserturms, Firma Liebold & Co.);

**Brandenburg:**

Bad Schönflöss (Aussperrung), Fürstenwalde (Sperrt über Pätel und Utkal), Michendorf I. d. M. (Sperrt über August Klose), Königswusterhausen (Sperrt über Görsdorf aus Beeskow), Schönwalde I. d. Mark (Sperrt über die Arbeiten des Unternehmers Schreiber aus Fr. Buchholz in Schönriede);

**Pommern:**

Swinemünde (Sperrt über den Kirchenbau in Ostswine), Greifenhagen (Massregelung bei Beermann), Trepfen u. a. Rega (Sperrt über Paul Witke), Stettin (Differenzen bei der Zementbaufirma „Comet“), Stralsund (Sperrt über den Stettiner Unternehmer la Couve), Colberg (Sperrt über Jakobsen, Neubau Elektrizitätswerk);

**Ost- und Westpreussen, Posen:**

Marienwerder (Sperrt über Sternberg aus Freystadt);

**Königreich Sachsen:**

Leipzig (Sperrt über Winkler, Steinstrasse), Borsdorf (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanke in Panitzsch), Zittau (Sperrt über Hinke in Weigsdorf), Oberriedersdorf (Sperrt über den Unternehmer Clemens), Oderwitz (Sperrt über die Bauten des Unternehmers Krüsing), Neustadt (Sperrt über Anton in Langburkersdorf), Dresden (Sperrt über Symank), Aue (Sperrt über Lein), Frankenberg (Sperrt über Schulze);

**Provinz Sachsen und Anhalt:**

Halle (Sperrt über Hfland in Passendorf);

**Schlesien:**

Landesut (Streik);

**Thüringen:**

Tambach (Streiks), Arnstadt (Sperrt über O. Gressler);

**Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen:**

Badbergen, Lingen, Walsrode, Neuhaus a. d. E. (Streiks), Nordenham (Sperrt über die Bauten des Metallwerks), Bremen (Sperrn über Müller in der Erlenstrasse und über Kiefer aus Duisburg, Bau in Oslebhausen), Buxtehude (Sperrn über Plieschke und Spark);

**Westfalen und Rheinland:**

Viersen (Streik), Düsseldorf (Streik in Ratingen), Ayrath (Sperrt über den Bau der Lungenheilanstalt), Minden (Sperrn über Akmann in Obernkirchen und Wischmeier in Kutenhausen);

**Hessen-Waldeck:**

Büttelborn (Sperrt über Kuhlmann und Kraus), Darmstadt-Reinheim und Ueberan (Sperrt über Gg. Ph. Petri IV), Frankfurt a. M. (Sperrn über die Arbeiten der Betonbaufirma Rank am Gaswerk in Hanau und über Herzberger in Bonames), Alzey (Sperrt über Franz Schmitt);

**Bayern:**

Rehan (Streik);

**Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:**

Zabern-Lützelburg (Sperrt über Holzmann & Co., Tunnelbau), Metz (Sperrt über Coudert);

**Fliessenleger:**

Berlin (gesperrt sind die Bauten folgender Subunternehmer: Hamdorf, Meyer, Gronski & Beiersdorf, Döcher bei Rosenfeld, Wolf & Bielefeld bei Villeroy & Boch), Köln und Düsseldorf (Sperrt über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurban aus Bonn), Mülheim-Ruhr (Sperrt über Möhlenbruck & Mathels), Coblenz (Sperrt über Caspari);

**Isolierer und Steinhölzleger:**

Berlin (Sperrt über die Filiale der Gesellschaft „Fama“ und „Berliner Torgamentwerke“), Chemnitz (Sperrt über Ziegner & Fritsche), Köln (Sperrt über die Korkelithwerke), Bremen (Sperrt über die Filiale der Firma Reinhold & Co.).

**Oesterreich:**

Komotan (Streik).

**Schweiz:**

Winterthur (Streik).

**Norwegen:**

Kristiania (für Backofenmaurer gesperrt).

**Gau Breslau.**

Ueber den **Arbeitsnachweis** der Unternehmer in **Tena** haben unsre dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

**Gau Breslau.**

In **Breslau** fanden seit einiger Zeit die **Innenputzer** in einer Bewegung, um eine Regelung der **Affordränge** herbeizuführen. Sie verlangen die **Abfassung** der **Festsetzung** einer **Kaufsumme** für **Putzarbeiten**, an deren Stelle die **Berechnung** nach **Quadratmetern** erfolgen soll. Und zwar soll für **Wandputz** 25  $\frac{1}{2}$  und für **Deckenputz** 25  $\frac{1}{2}$  pro **Quadratmeter** gezahlt werden. Bei **Zeitlohnarbeit** soll der **Stundenlohn** 10  $\frac{1}{2}$  höher als der **ortsübliche Lohn** der **Maurer** sein. In einer der **hiesigen** **Verfassungen** wurde mitgeteilt, der **Vorstand** des **Arbeiterbundes** hätte die **Zusage** zu einer **gemeinsamen Sitzung** gegeben. Am **8. Oktober** fand **deswegen** eine **Verammlung** der **Putzer** statt, in der der **Sektionsleiter** **Hillebrand** über die **Unterhandlungen** mit den **Unternehmern** berichtete. Er konnte aber nur berichten, daß die **Unternehmer** die **Verhandlung** mit den **Vertretern** der **Putzer** ohne jede **Begründung** abgelehnt. Dagegen **betraug** er **folgendes** von den **Unternehmern** bei der **Sektion** eingegangene **Schreiben**:

Infolge **Ihres** **Erforderns**, eine **gemeinschaftliche** Sitzung **betreffs** **Normierung** von **Affordrängen** für **innere** **Putzarbeiten** einzuberufen, **leit** **Ihnen** der **Vorstand** mit, daß er es **ablehnt**, **Ihren** **Wünschen** zu entsprechen. Der **Zweck** dieses **Affordrangs** für **Maurerarbeiten** ist **tariflich** bis **31. März 1910** auf **55  $\frac{1}{2}$**  festgesetzt. **Unsre** **Ermittelungen** haben **dargetan**, daß **die** **zurzeit** **üblichen** **Affordränge**, nämlich **20  $\frac{1}{2}$**  für **Wandputz**, **30  $\frac{1}{2}$**  für **Deckenputz**, **25  $\frac{1}{2}$**  für **Wandputz** und **8  $\frac{1}{2}$**  für **Deckenputz**, **überall** ein **Ueberschuß** von **45 bis 50 pSt.** über den **Normallohn** ergeben hat, **diese** **Sätze** also **mehr** als **ausreichend** sind. In **Ihrer** **Verfassung** vom **9. September** haben Sie **beschlossen**, daß der **Stundenlohn** **10  $\frac{1}{2}$**  höher sein soll als der **jeweilige** **Stundenlohn** der **Maurer**. **Wir** **würden** ein **Aufrechterhalten** dieses **Beschlusses** als **einen** **Bruch** des **Tarifvertrages** betrachten und **demgemäß** verfahren. Der **Vorstand** des **Breslauer** **Arbeiterbundes** für **den** **Maurer- und Zimmergewerbe**.

**J. A. Wolfram.**

In der **Diskussion** wurde **erklärt**, daß **Putzen** **keine** **nicht** **Sache** der **Putzer** sein, der **Satz** von **8  $\frac{1}{2}$**  sei **auch** **viel** zu **gering**. **Weiter** wurde **betritten**, daß **bei** den **Affordrängen** von **20** und **30  $\frac{1}{2}$**  für **Putz** ein **so** **hoher** **Prozentsatz** sich **ergeben** **könne**, wie **in** dem **Schreiben** **beauptet** **wird**. **Die** **meisten** **Kollegen** **sprachen** sich **dahin** aus, daß **dieses** **Affordrang** **keinesfalls** **zufriedenstellend** sein **könne** und **es** **mache** **sich** eine **starke** **Stimmung** geltend. **Kollege** **Wachmann** **bemerkte**, daß **man** **den** **Pulsus** des **Schreibens**, „**man** **betraug** **den** **Beschluß** auf **Erhöhung** des **Stundenlohnes** als **einen** **Tarifbruch** und **werde** **demgemäß** **verfahren**“, **als** **eine** **versteckte** **Drohung** betrachten **müsse**. **Wahrscheinlich** **wolle** **der** **Arbeiterbund** die **Putzer** **zum** **Objekt** einer **Massenauspehrung** machen. **Eine** **solche** **brauchten** **wir** **ja** **nicht** **zu** **fürchten**. **Wer** **die** **gegenwärtige** **Zeit** **sei** **nicht** **den** **Putzer** **angetan**, in **einen** **Streik** einzutreten, und **damum** **räte** er **den** **Kollegen** **davon** **ab**. **Allerdings** **müsse** **ausgesprochen** werden, daß **die** **Sätze** **keineswegs** **befriedigen**. Er **schlug** die **Annahme** **folgender** **Resolution** vor:

„**Am** **8. Oktober** im **„Gewerkschaftshaus“** tagende **öffentliche** **Arbeiterversammlung** nimmt **Kenntnis** von dem **Schriftlich** des **Arbeiterbundes**, **wonach** **für** **Innenputzarbeiten** **bestimmte** **Affordräge** **gezahl** **werden** **sollen**. Die **Verfassung** **ist** der **Meinung**, daß **diese** **Sätze** **keineswegs** **als** **zufriedenstellend** **betrachtet** **werden** **könnten**; **es** **erkennt** **die** **Sätze** **nur** **als** **die** **niedrigste** **Grenze** **an**, **wonach** **Innenputzarbeiten** **übernommen** **werden** **könnten**. **Auf** **keinen** **Fall** **dürfen** **Putzarbeiten** **für** **eine** **Kaufsache** **übernommen** **werden**. Die **Verfassung** **beauftragt** **den** **Vorstand** der **Sektion** der **Putzer**, **bei** **den** **in** **zwei** **Monaten** **beginnen** **den** **Tarifverhandlungen** **zu** **verfuchen**, **auch** **für** **die** **Putzer** **höhere** **Affordräge** **durchzuführen**.“

Die **Resolution** wurde **angenommen**. **Da** **in** dem **Schreiben** **des** **Arbeiterbundes** **nicht** **bestimmt** **ausgesprochen** **ist**, daß **die** **dort** **angegebenen** **Sätze** **auch** **wirklich** **gezahl** **werden** **sollen**, **beauftragte** **die** **Verfassung** **die** **Kollegen** **Hillebrand** **und** **Wachmann**, **beim** **Arbeiterbund** **vorstellig** **zu** **werden**, **und** **den** **Bund** **auf** **die** **mitgeteilten** **Affordräge** **festzulegen**. **Wolfram** **versprach** **auch**, **in** **den** **nächsten** **Tagen** **eine** **Generalversammlung** **des** **Bundes** **einzuberufen** **und** **die** **mitgeteilten** **Sätze** **offiziell** **bestätigen** **zu** **lassen**. **Dadurch** **sollen** **alle** **Mitglieder** **des** **Bundes** **verpflichtet** **werden**, **diese** **Sätze** **zu** **zahlen**.

**Gau Ebn.**

Aus **Düsseldorf** **schreibt** **man** **uns**: **Der** **Streik** in **Matingen** **geht** **weiter**. **Um** **eine** **Ausprache** **mit** **den** **Unternehmern** **herbeizuführen**, **hatte** **sich** **das** **Gewerbegericht** **zu** **einer** **Sitzung** **eingeladen**. **In** **der** **Sitzung** **erklärten** **die** **Unternehmer**, **es** **sei** **ihnen** **nicht** **möglich**, **den** **von** **ihnen** **beschäftigten** **Matinger** **Maurern** **den** **Tariflohn** **von** **60  $\frac{1}{2}$**  **pro** **Stunde** **zu** **zahlen**, **da** **diese** **alle** **mindere** **wertige** **Kräfte** **seien**, **die** **sich** **mit** **Zustimmung** **der** **Unternehmer** **von** **Sanblangen** **zu** **Maurern** **entwickelt** **hätten**. **Selbst** **Herr** **Boverz**, **Mitglied** **des** **Arbeiterbundes** **und** **Gewerbegerichtsbeisitzer**, **stellte** **sich** **auf** **den** **Standpunkt**, **er** **beaude** **den** **Tariflohn** **nicht** **zu** **zahlen**, **da** **der** **Arbeiterverband** **nicht** **berechtigt** **sei**, **den** **Lohn** **für** **Matingen** **festzusetzen**. **Schließlich** **erklärte** **er**, **seine** **Kollegen** **hätten** **ihm** **gesagt**, **falls** **er** **den** **Tariflohn** **nicht** **zahlen** **wolle**, **müsse** **er** **aus** **dem** **Arbeiterbunde** **aus-**

treten. **Auf** **unsre** **Frage**, **ob** **ihm** **etwas** **ein** **Mitglied** **des** **Arbeiterbundes** **oder** **gar** **ein** **Vorstandsmitglied** **diesem** **Nach** **erlaubt** **habe**, **blic** **Boverz** **den** **Ausdruck** **schuldig**. **Zutragen** **kann** **man** **das** **dem** **Düsseldorfer** **Arbeiterbunde** **verband** **schon**; **denn** **auch** **Jensen** **trat**, **als** **wir** **ihn** **im** **vorigen** **Jahre** **energisch** **zur** **Zählung** **des** **Tariflohnes** **auf-** **forderten**, **plötzlich** **aus** **dem** **Arbeiterbunde** **aus-** **und** **ist** **angeli** **erst** **seit** **Mal** **dieses** **Jahres** **wieder** **Mitglied**. **Der** **Vorstand** **des** **Arbeiterbundes**, **Mühlenkamp**, **der** **vom** **Einigungsamt** **aufgefordert** **wurde**, **den** **Brief** **vor-** **zulegen**, **woran** **Jensen** **seinen** **Austritt** **erklärte**, **hat** **wohl** **eine** **Anzahl** **Briefe** **eingefandt**, **aber** **die** **Austrittserklärung** **schickte** **dabei**. **Sie** **soll** **angeli** **verloren** **gegangen** **sein**. **Die** **Verhandlung** **selbst** **verlie** **resultlos**; **die** **Unter-** **nehmer** **wollen** **auch** **in** **Zukunft** **den** **Lohn** **nach** **Belieben** **festsetzen**. **Pflicht** **aller** **Kollegen** **ist** **es** **nun**, **den** **Zugang** **nach** **Matingen** **fernzuhalten**. **Auf** **die** **Dauer** **können** **die** **Unternehmer** **ihre** **Arbeiten** **wohl** **doch** **nicht** **mit** **den** **von** **ihnen** **selbst** **als** **Stümper** **bezeichneten** **Meuten** **fertig-** **stellen**. **Die** **streifenden** **Kollegen** **sind** **bis** **auf** **zwei** **Mann** **in** **Arbeit** **getreten**.

**Gau Frankfurt a. M.**

Die **Sperr** über **den** **Neubau** **des** **Gaswerks** **Hanau**, **Unternehmer** **Kant**, **ist** **beendet**. **Es** **ist** **zwischen** **den** **Be-** **teiligten** **folgende** **Verständigung** **erzielt** **worden**: 1. **Maurer** **und** **Zimmerer** **bestimmen** **52** **Wohlfahrtsarbeiter** **42  $\frac{1}{2}$**  **An-** **fangslohn** **pro** **Stunde**. 2. **Arbeiter** **(Maurer, Zimmerer** **und** **Wohlfahrtsarbeiter)**, **die** **vor** **Ein** **Stellung** **der** **Arbeit** **im** **September** **bereits** **mindestens** **14** **Tage** **bei** **der** **Firma** **Gebr.** **Kant** **gearbeitet** **haben**, **erhalten** **zwei** **Wochen** **nach** **Wiederaufnahme** **der** **Arbeit** **36** **bzw.** **45  $\frac{1}{2}$** . 3. **Arbeiter**, **die** **nicht** **unter** **2** **fallen**, **erhalten**, **nachdem** **sie** **vier** **Wochen** **bei** **Gebr.** **Kant** **gearbeitet** **haben**, **den** **unter** **2** **bezeichneten** **Stundenlohn**. **Die** **vor** **dem** **Austritte** **liegende** **Arbeits-** **dauer** **wird** **hierbei** **mit** **eingerechnet**. 4. **Ueber** **die** **Arbeits-** **zeit** **ist** **vereinbart**, **daß** **bis** **am** **schließlichen** **2. Dezember** **zehn** **Stunden** **effektiv** **gearbeitet** **werden** **soll**. **Vom** **3. Dezember** **an** **soll** **die** **Arbeitszeit** **sich** **nach** **der** **zu** **den** **Aräften** **über-** **reichende** **Labelle** **richten**. **Die** **Parteien** **sind** **darüber** **einig**, **daß** **die** **oben** **bezeichneten** **Löhne** **nur** **für** **Arbeiten** **zu** **begahlen** **sind**. **Wenn** **dagegen** **andere** **Arbeiten**, **für** **die** **in** **Hanau** **ein** **Tarif** **besteht**, **ausgeführt** **werden**, **so** **ist** **dieser** **Tarif** **für** **die** **Bezahlung** **maßgebend**. **Die** **Parteien** **sind** **darüber** **einig**, **daß** **die** **über** **den** **Neubau** **des** **Gaswerks** **verhängte** **Sperr** **sofort** **aufgehoben** **wird**, **daß** **die** **aus-** **ständigen** **Arbeiter** **am** **8. Oktober** **die** **Arbeit** **wieder** **auf-** **nehmen**. **Die** **Firma** **verpflichtet** **sich**, **die** **Ausständigen** **wieder** **einzu** **stellen**.

Die **Verhandlungen** **fanden** **am** **7. Oktober** **statt**, **am** **8. Oktober** **ließ** **der** **Verbandsleitung** **folgendes** **Schreiben** **vom** **Oberbürgermeister** **ein**: **Die** **Firma** **Gebr.** **Kant** **in** **München** **hat** **heute** **telegraphisch** **ihre** **Einverständnis** **zu** **dem** **am** **7. d. Mts.** **getroffenen** **Abkommen** **erklärt**. — **Zu** **den** **Ueberstunden** **bis** **zum** **2. Dezember** **ist** **zu** **beremten**, **daß** **hierfür** **dringende** **Gründe** **von** **dem** **Oberbürgermeister** **vorgebracht** **wurden**. **Die** **Firma** **Kant** **hat** **den** **Neubau** **wegen** **eines** **Patentes** **zur** **Ausführung** **bestimmen**.

**Gau Leipzig.**

Die **Auspehrung** **in** **Leipzig** **ist** **nach** **eintwöchiger** **Dauer** **aufgehoben** **worden**. **Die** **Arbeit** **wird** **zu** **den** **alten** **Be-** **dingungen** **fortgesetzt**. **Die** **Unternehmer** **wollten** **einen** **verschlechterten** **Vertrag** **erzwingen**, **daß** **es** **ihnen** **nicht** **ge-** **lungen**, **ist** **müßigen** **sich** **mit** **dem** **Auspehrungsvertrag**, **den** **sie** **ohne** **Auspehrung** **haben** **konnten**, **zufrieden** **geben**.

**Gau Nürnberg.**

Der **Streik** **in** **Neubau** **dauert** **unverändert** **fort**. **Die** **Unternehmer** **machen** **zwar** **alle** **Anstrengungen**, **um** **von** **auswärts** **Maurer** **zu** **erhalten**, **was** **ihnen** **aber** **bis** **jetzt** **nur** **sehr** **spärlich** **gelungen** **ist**. **Bis** **vor** **wenigen** **Tagen** **hatten** **wir** **überhaupt** **keinen** **Zugang**; **erst** **in** **den** **letzten** **Tagen** **ist** **es** **einem** **Unternehmer** **gelungen**, **fünf** **Streit-** **brecher** **aus** **Absch** **in** **Sachsen** **zu** **ergattern**. **Dabei** **hat** **es** **sich** **ergeigt**, **daß** **die** **Unternehmer** **recht** **wohl** **in** **der** **Lage** **wären**, **höhere** **Löhne** **zu** **bezahlen**; **denn** **diesem** **Aus-** **reichern** **hat** **man** **50  $\frac{1}{2}$**  **Stundenlohn** **und** **dazu** **eine** **ordent-** **liche** **Wirtschaftsge** **verprochen**. **Unsere** **Kollegen** **ist** **es** **aber** **gelungen**, **diese** **„nützlichen** **Elemente“** **dem** **Unter-** **nehmer** **wieder** **absperr** **zu** **machen**, **so** **daß** **er** **das** **Nach-** **sehen** **hatte**. **Ferner** **haben** **unser** **Kollegen** **in** **einer** **Ver-** **sammlung** **beschlossen**, **beim** **Bezirksamt** **mit** **dem** **Er-** **suchen** **horrstellig** **zu** **werden**, **eine** **Unterhandlung** **zwischen** **den** **streifenden** **Parteien** **anzubahnen**. **Ob** **eine** **solche** **zu-** **stände** **kommt** **und** **eventuell** **Erfolg** **haben** **wird**, **läßt** **sich** **gegenwärtig** **nicht** **sagen**.

**Gau Stettin.**

In **Stralsund** **beschäftigten** **sich**, **wie** **uns** **von** **dort** **geschrieben** **wird**, **unsre** **Kollegen** **in** **mehreren** **Verfam-** **lungen** **mit** **den** **Praktikern** **des** **Unternehmers** **Le Coube**, **der** **durch** **Affordränge** **an** **unser** **Arbeiter** **hinstellen** **läßt**, **die** **jeder** **Beschreibung** **spotten** **und** **die**, **wenn** **sie** **von** **unsern** **Kollegen** **geliefert** **würden**, **bestimmt** **deren** **Entlassung** **zur** **Folge** **hätten**. **Die** **Küftungen** **sind** **miserabel**, **die** **Walten** **so** **schlecht** **abgedekt**, **daß** **man** **sich** **wundern** **muß**, **daß** **nicht** **schon** **Unfälle** **vorgekommen** **sind**. **In** **vorigen** **Jahre** **hatte** **der** **Unternehmer** **Königsberger** **Affordmurer**. **Obwohl** **deren** **„Kaufbahn“** **vor** **dem** **Gewerbegericht** **endete**, **verschaffte** **er** **sich** **für** **dieses** **Jahr** **Berliner** **„Gelden“**. **Tzaurig** **ist** **es** **nur**, **daß** **sich** **den** **hier** **anfanglichen** **Kollegen** **einige** **unter** **diesem** **Menschen** **um** **Arbeit** **bemühen**, **obwohl** **sie** **wissen**, **daß** **der** **Unternehmer** **gesperrt** **ist**. **Die** **Stralsunder** **wie** **die** **fremden** **Kollegen** **werden** **erucht**, **bei** **der** **Firma** **Le** **Coube** **n. s. t.** **in** **Arbeit** **zu** **treten**.

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

**Verbandskalendar.** **Von** **dem** **Kalendar** **1910** **haben** **wir** **nach** **jetzt** **5000** **auf** **Lager**. **Wir** **eruchen** **nochmals** **alle** **Zweigvereine** **recht** **dringend**, **den** **Vertrieb** **des** **Kalenders** **so** **zu** **organisieren**, **daß** **der** **halbjährige** **Abzug** **der** **vorhandenen** **Exem-** **plare** **erfolgt**. **Eine** **Reihe** **von** **Zweigvereinen** **hat** **sich** **bisher**

gar **nicht** **darum** **gekümmert**, **andre** **haben** **eine** **so** **wünzige** **An-** **zahl** **Kalender** **übernommen**, **daß** **von** **einer** **Agitation** **für** **die** **Verbreitung** **gar** **keine** **Rebe** **sein** **kann**. **Eini** **so** **nützliches** **und** **billiges** **Buch** **sollte** **Gemeingut** **aller** **Kollegen** **werden**. **Davon** **sind** **wir** **leider** **nicht** **sehr** **weit** **entfernt**.

**Arbeitslohnzählung.** **Das** **Material** **zur** **Aufnahme** **der** **Arbeitslohnzählung** **am** **30. Oktober** **wird** **in** **dieser** **Woche** **versandt**. **Zweigvereinsvorstände**, **die** **bis** **zum** **Sonntag**, **den** **16. Oktober**, **nicht** **im** **Besitz** **des** **Zählmaterials** **sind**, **wollen** **dies** **gefalligst** **umgehend** **an** **den** **Verbandsvorstand** **melben**.

**Sterbegeld** **darf** **laut** **Stat**



dringend erfordern, in Zukunft darauf zu halten, daß die organisierten Italiener als Gleichberechtigte anständig behandelt werden, denn in unserer Organisation gibt es keine Mitglieder zweiter Klasse. Wenn einzelne Kollegen in Offenbarung ihren Katenrang durchaus nicht mehr augehen können, so mögen sie gegen die Unternehmer losgehen, die es wagen können, 48 Pf. der Maurer unter dem Tariflohn zu entlohnen, ohne daß sich jemand dagegen auflehnt. Hier gilt es, den Mut zu zeigen und nicht in Angriffen auf die eigenen Verbändskollegen.

**Schlag.** Am 5. Oktober tagte im „Weinberg“ eine Maurerverversammlung, in der Kollege Werthold-Beipzig über: „Die bürgerliche Arbeiterorganisation im Kampf um die Arbeitsbedingungen“ sprach. Der Redner zog zunächst einen Vergleich zwischen den Lohnkämpfen bei der lokalen und der zentralen Organisationsform. Dann besprach er die Tarifbewegung und die bevorstehenden Lohn- bzw. Tarifkämpfe. An verschiedenen Vorkommnissen wies er auf den Ernst der Situation hin und ermahnte die Anwesenden dringend, durch aufmerksamem Lesen der Fachpresse den Gang der Dinge genau zu verfolgen. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung legte Kollege Werthold die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisationsform für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter dar. Da aber die Zimmerer eine Verschmelzung derzeit nicht wünschen, so komme gegenwärtig nur eine Verschmelzung mit den Bauarbeitern in Betracht. Die Anwesenden stimmten der Verschmelzung im Prinzip einstimmig zu.

### Fliesenleger.

Berlin. Am 21. September beschäftigte sich eine Versammlung der Sektion mit dem Ende dieses Jahres bevorstehenden Tarifabschluß und der dann folgenden Lohnbewegung. Einleitend wies Waldheim darauf hin, daß die Grundlage zur bevorstehenden Lohnbewegung die Resolution der öffentlichen Fliesenlegerversammlung vom 2. September d. J. bilde. Diese verlange außer der Lohn- und sonstigen Verbesserungen des Tarifs die tarifliche festzulegende Ausschüttung der Subunternehmer. Anschließend griff Redner auf unsere Bewegung gegen die Subunternehmer zurück und meinte, wir hätten ihnen einen Schlag verfehlt, der nicht spurlos an ihnen vorübergegangen sei. Sei auch nicht alles erreicht worden, was einzelne Kollegen gewünscht hätten, so sei die Bewegung im großen und ganzen doch als ein Erfolg der Berliner Fliesenleger zu bezeichnen. Beweis dafür sei zum Beispiel, daß während der Bewegung bei den Subunternehmern circa 144 Kollegen unter den schändlichsten Verhältnissen arbeiteten, nach der Beseitigung derselben in den gleichen Geschäften jetzt über 300 Kollegen beschäftigt seien. Es dürfe aber nicht vergessen werden, daß es mit den Subunternehmern ebenso sei wie mit dem Unkraut: werde dieses nur einmal und oberflächlich beseitigt, dann wuchere es immer wieder. Wir müßten uns immer schlagfertig halten, um allen Verdünnern der Subunternehmer die Spitze bieten zu können. Waldheim wies auch darauf hin, daß das Vorgehen der Berliner Kollegen auf viele Sektionen anregend gewirkt habe. Aus vielen Städten lägen Schreiben vor, wonach die Kollegen teils ebenfalls schon Erfolge erzielt haben, teils den gegebenen Moment abwarten, um gegen das Subunternehmerwesen vorzugehen. Dann ging Redner zu unserm ablaufenden Tarif über und besprach die einzelnen, dringend der Verbesserung bedürftigen Punkte. Die wichtigsten davon sind: Die tarifliche Ausschüttung der Subunternehmer; die Erhöhung des Stundenlohnes auf 1,1, bestimmte Fassung wegen des Arbeitsabschlusses an den Sonnabenden, Regelung der Löhne für Ausgelertete, ferner die Regelung der Arbeitszeit und der Forderung der einstufigen Mittagspause auch im Winter. Der Zustand, daß viele Firmen an den Heiligabend nicht arbeiten lassen, um die Vergütung zu sparen, bedürfe ebenfalls dringend einer Aenderung. Redner kritisierte dann die Sonderbeiträge, die trotz des bestehenden Vertrages hauptsächlich von Tariffirmen produziert worden sind. Derselben Unternehmer, die nicht genug schreiben können, wenn hier und da etwas verlangt wird, was nicht bis auf Tischtische über dem i mit dem Vertrage übereinstimmt, schließen im vorigen Winter angeichts der schlechten Konjunkturlage Neben mit unsern Kollegen Sonderbeiträge, die nicht weniger als dem abgeschlossenen Tarif entsprächen. Ein trauriger Fall dieser Art wurde von der Hoflieferantenfirma Rosenfeld & Co. bekannt. Diese Firma hatte in Essen und Düren Arbeiter auszuführen und vereinbarte mit einigen Legeern, daß die Arbeiter dort von Berlin aus ohne Fahrgeld und ohne den üblichen Zuschlag von 2,75 täglich ausgeführt werden sollten. Nicht einmal nach dem Berliner Alfordtarif soll gezahlt worden sein. Die Folge davon war, daß die Kollegen sehr bald ohne Bezahlung Hebersunden machen mußten und daß trotzdem ein erhebliches Defizit zu verzeichnen war. Wenn auch an der Witschuld der betreffenden Kollegen kein Zweifel besteht, so muß doch gesagt werden, daß die Firma auf Grund ihrer besseren Kalkulationsmöglichkeit es nicht sofort kommen lassen durfte, bestlohe Arbeiter aus dem Arbeitsverhältnis heraus zu ihren Schuldnern zu machen. Nebenfalls wird sich Gelegenheit finden, wegen dieser Sache noch ein ernstes Wort zu reden. Wie in diesem Fall, so sind auch in vielen andern Fällen die Vereinbarungen seitens der Tarifgeschäfte schlecht gehalten und durchbrochen worden. Zur Frage der Kartist stellte Waldheim folgendes fest: In früheren Jahren beschäftigten die drei größten Firmen am Orte den größten Teil der Berliner Fliesenleger, weshalb ihr großer Wert darauf lagten, mit ihnen einen Tarif abzuschließen. Die andern kleineren Geschäfte mußten sich eben fügen. Heute liegen die Dinge aber wesentlich anders. Von etwa 600 Fliesenlegern, die in circa 45 Geschäften arbeiten, beschäftigen die sechs Vertragfirmen im Höchstfalle 200. Es wäre ein Konflikt, heute wieder die andern 40 nichtorganisierten Geschäfte bei einem Tarifabschluß zu übergehen. Wie die Dinge heute liegen, brauchen wir bei den bisherigen Vertragskontrahenten nicht um einen Vertrag zu betteln. Es liegt jetzt an uns, die Vorbereitungen durch Organisierung der Indifferenten, Wahl von Geschäftsbeteiligten, Abhaltung

von Geschäftssitzungen usw. zu betreiben. In ruhiger und sachlicher Weise muß die Agitation einsetzen, die alle uns noch fernstehenden Kollegen erfasst, damit unsere Reihen geschlossen werden. Für die Begründung unserer Forderungen haben ja Staat und Kommune genügend gesorgt. Den Unternehmern wird nachdrücklich Har gemacht werden müssen, daß wir, um den Anforderungen, die Staat und Gemeinde an uns stellen, gerecht werden zu können, eine weitere Verbesserung unserer Lage haben müssen. In der Disziplin wurde den Vorschlägen im allgemeinen zugestimmt und in die Lohnkommission die Kollegen Waldheim und Wilhelm Schulz gewählt. Nach Erledigung innerer Angelegenheiten erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Düffelhoff.** In Nr. 40 des „Grundstein“ werden bezüglich meiner Person eine Reihe Unwahrheiten behauptet, und bitte ich die Redaktion um Aufnahme folgender Berichtigung:

1. Es ist nicht wahr, daß ich unter Tarif gearbeitet habe.
2. Ich habe es mir nicht aus den Fingern gezogen, daß Raabe und seine Mitarbeiter Röcher und Hauptlatten nicht nach Tarifpreis bezahlt erhalten haben, sondern Räthen und Raabe haben es selbst erzählt. Die Lohnkommission hat diese Angelegenheit dem Eingangsamt unterbreitet und Raabe als Zeugen haben lassen.
3. Nicht Düffelhoff hat verlangt, daß die Rechtschreibkosten und Unterstützungen, der inaktiven Kollegen gemeinsam getragen werden, sondern während des Streiks ist zweimal in Versammlungen der drei in Betracht kommenden Organisationen einstimmig ein solcher Beschluß gefaßt worden.
4. Die im „Grundstein“ monierten Ausgaben sind nicht nach dem Streit, sondern laut Belege während des Streiks unter allerseitiger Zustimmung gemacht worden.
5. Die Mantelroder sind mir in einer kombinierten Versammlung gegen zwei Stimmen ausgedrückt worden. Es sind nicht 97,83, sondern 72,83.
6. Unwahr ist es, daß ich die Abrechnung verzögert habe. Ich habe sie sofort nach Empfang der letzten Geldrate im März d. J. fertiggestellt und vorgelegt.

C. Windhoff.

**Essen a. d. Ruhr.** Wie es mit der Einhaltung des Tarifs bei der Firma Kircher & Osterhoff aussieht, zeigt folgendes: Obgleich das Eingangsamt in einer Sitzung vom 29. März 1909 beschloß: „Die Annahme von Zwischenmeistern soll nur gestattet sein, wenn es den Unternehmern nicht möglich ist, in anderer Weise ordnungsmäßige Arbeit zu leisten“, konnte es die Firma doch nicht unterlassen, dem Zwischenmeister Almin Esser eine Arbeit im Kaufhaus Marcus in Linden i. W. zu übertragen, obgleich die bei der Firma beschäftigten Legeer zum Teil wegen Arbeitsmangels aussetzen mußten; die Firma also ganz in der Lage war, die Arbeit von ihren eigenen Legeern fertigstellen zu lassen. Daß es der Firma nur darum zu tun war, die Arbeit unter Tarif herzustellen zu bekommen, gab Herr Kircher bei einer telefonischen Rücksprache selbst zu, indem er sagte, es sei ihm bei den hohen Löhnen nicht möglich, zu konkurrieren. Dem Zwischenmeister brauche er keine Erlaubnis und kein Fahrgeld zu zahlen. Im übrigen betweise er uns auf den Zustandsweg. Was nun das mitkonkurrieren angeht, so müssen wir feststellen, daß die Firma diesen Schritt vom sämtlichen hiesigen Platten-Geschäften die meiste Arbeit hatte. Uns auf den Zustandsweg zu betreiben, ist aber doch wirklich nah. Für uns hat also letzte Instanz das Eingangsamt gesprochen; was dort festgelegt ist, muß auch die Firma Kircher & Osterhoff wissen. Und wenn sie im Recht zu sein glaubt, warum beantragt sie dann nicht vorher eine Schlichtungskommissionssitzung? Nun, weil man genau weiß, daß der Spruch der Sitzung unter den gefährlichsten Umständen zugunsten der Firma ausfiel. Als die dort beschäftigten Legeer Herrn Kircher um eine mündliche Aussprache baten, wurde ihnen bedeutet, daß ihre Papiere zum Abholen bereit lägen. Nachdem man sich in einer Versammlung über die Praktiken der Firma ausgesprochen hatte, wurde einstimmig beschlossen, sie zu sperren, weil man der Meinung war, daß wenn wir gegen diese Praktiken nicht mit den härtesten Mitteln Front machten, wir einen schlimmen Wirtswart in unsere Reihen belämen, weil ja dann jede Firma sich das gleiche „Recht“ herausnehmen könnte wie Kircher & Osterhoff. Das darf niemals geschehen. Die Essener Unternehmer sind ja der Meinung, sie hätten bezüglich Einhaltung des Tarifs auf der Höhe. In einer Versammlung am 8. Oktober in Gelsenkirchen, die von Delegierten fast aller am Tarif beteiligten Städte besucht war, wurde festgestellt, daß in den Essener Geschäften die größten Mißstände herrschten. Doch davon ein andermal.

**Gelsenkirchen.** Der Führer der Freien Vereinigung, Fr. Müller, macht große Ansregungen, um „die Schwandlanten der Zentralverbände“, wie er sagt, aufzuwecken. Er schießt sich in Sektionsversammlungen ein, wie ein Dieb, und verteilt „Die Einheit“ mit seinem Geistesprodukt. Das ganze Kohlenrevier wird damit überflutet. In Nr. 40 der „Einigkeit“ will er beweisen, wie schlecht doch die Sektionen sind und hauptsächlich der Sektionsvorsitzende ist. Müller will das widerlegen, was ich in Nr. 38 des „Grundstein“ auf seine ersten Ausführungen geschrieben habe. Um auf sein Geschreibsel nochmals einzugehen, dazu ist mir meine Zeit und der Raum des „Grundstein“ viel zu kostbar. Nur eines will ich richtigstellen: Der Kollege, den ich durch eine Karte zu einer Versprechung eingeladen hatte, der die Karte im Geschäft gezeigt hat, aber nicht erschienen war, war mehrere Jahre Mitglied der Freien Vereinigung. Am 15. September 1908 ist er übergetreten, hat aber in diesem Jahre noch keinen Beitrag bezahlt. Im übrigen halte ich den Bericht im „Grundstein“ aufrecht und will nur noch sagen, daß ich Müller die Kollegen, die sich alle Jahre ein- oder zweimal „umtauschen“ lassen, vom Herzen gönne. Das andre werden wir mündlich besprechen, da der Raum des „Grundstein“ dazu nicht in Anspruch genommen werden kann.

Rich Grünig.

### Holzerer und Steinholzleger.

Berlin. Am 6. Oktober fand hier die Generalversammlung der Sektion der Steinholzleger statt. Nachdem der Kassierer den Kassienbericht vom letzten halben Jahre vorlesen hatte, der von den Revisoren für richtig befunden worden war, wurde auf deren Antrag dem Kassierer einmündig Decharge erteilt. Dann beachtete Kollege Lange zur Sprache, daß die Firma Berliner Zementwerke, deren Vertreter seinerzeit beim Abschluß des jetzigen Tarifs diesen als erster unterschrieben und erkannte, nunmehr auch die erste Firma ist, die der Arbeiterchaft gegenüber ihr Wort brach. Dies geht unzweifelhaft aus mehreren zur Verlesung gekommenen Briefen der Firma, und zwar desbeswegen Herrn Weiß, der vor kaum zwei Monaten den neuen Lohnarif unterschrieb, hervor. Die Briefe sind an unorganisierte und solche organisierte Arbeiter gerichtet, die früher in unserm Beruf tätig waren. Die Briefe werden der Firma von unserm früheren Mitglied, dem jetzigen Kollege D. Zeuste, vielleicht auch von andern dort beschäftigten unorganisierten Leuten nachgewiesen. Organisierte sind zurzeit überhaupt nicht bei der Firma beschäftigt. Herr Steinholzinsektor Bod hat es nämlich meisterschaftsbestanden, alle organisierten Legeer und Helfer hinauszuorganisieren und dafür unorganisierte Leute einzustellen. Der Vorstand wurde beauftragt, bei der Firma vorstellig zu werden und sie nochmals auf das seinerzeit gegebene Ehrenwort aufmerksam zu machen. Sollte dies nicht helfen, dann soll sofort die Sperre über die Firma verhängt werden.

### „Um Antwort wird gebeten.“

Mit diesen Worten schließt ein Bericht aus Neustadt (Westpreußen) in Nr. 39 der „Baugewerkschaft“. Dem Manne kann geholfen werden. Der Bericht lautet wie folgt:

Neustadt (Westpr.). Der Kampf in Neustadt geht unabänderlich weiter. Die Unternehmer bieten alles auf, um Streikbrecher heranzukübeln. Zum Teil haben sie damit auch Erfolg, denn die Arbeitslosigkeit ist gegenwärtig groß. So läßt sich mancher Kollege verleiten, auf die verlockenden Annoncen nach hier zu fahren. Bezeichnend ist, daß es nur sozialdemokratische Organisierte von Danzig und der nächsten Umgebung sind. Durch Erstattung des Meißelgebotes gelingt es, dieselben wieder los zu machen. Alle versichern, sie wüßten von einem Streik nichts. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Maurer, Böttcher in Poppo, behauptet sogar, der Streik in Neustadt bestehe nicht mehr, weil auf allen Bauten gearbeitet würde. Das kommt aber daher, weil die Firmen Schütz-Poppo und Brange-Neustadt den Lohn bewilligt haben, welcher gefordert wird. Nur auf den Bauten bei Sing arbeiten Streikbrecher, Elemente, die sonst nicht viel taugen; diese bieten jetzt den Bauarbeiten. Seit 14 Tagen ruhe auch eine Kolonne sozialdemokratisch organisierter Maurer die Fassade unter Führung des sehr bekannten Meißels, Bud-Nr. 15626. Die ganzen Bemühungen unserer Kollegen blieben erfolglos, bis es Dienstag, den 14. d. M., gelang, dieselben zu überzeugen, daß ihre Handlungsweise keine ehrliche sei. Sie wollten nichts gewagt haben von einem Streik. Später erklärten sie, Grundlagen hätte ihnen gesagt, solange ihr nicht angehalten werde, könnt ihr arbeiten. Was sagt Grünhagen hierzu? Wie kommt es überhaupt, daß nur sozialdemokratisch organisierte Maurer nach Neustadt kommen? U. A. w. g.

Der Berichtstatter der „Baugewerkschaft“ sagt in bezug auf Grünhagen die Unwahrheit. Aus einer Berichtigung im „Westpreussischen Volksblatt“ (Zentrumsorgan) und einem Brief des Gaurorandes dürfte er, daß er angelegt worden ist. Er weiß fernher, daß Grünhagen diesen sogenannten Kollegen ausdrücklich verboten hat, nach Neustadt zu gehen, und daß ihnen im Falle der Arbeitsaufnahme in Neustadt der Ausschluß aus dem Verband angedroht worden ist. Meißels und Genossen haben aber doch, und zwar ohne Wissen Grünhagens, die Arbeit aufgenommen. Die „christliche“ Unwahrsichtigkeit erzählt aber erst die richtige Beleuchtung durch die Mitteilung des Meißels, die er auf das Bestimmteste als wahr behauptet: Was er und seine Kollegen aufhörten, habe der christliche Werkmeister Müller ihnen gesagt: Wenn Ihr vom Zentralverbande ausgeschlossen werdet, dann kommt ruhig zu uns; Ihr könnt dann mit vollen Rechten arbeiten. Wenn das wahr ist — Meißel ist ja in den Augen des Berichterstatters der „Baugewerkschaft“ ein glaubwürdiger Mensch — so ist das doch geradezu der Gipfel der Gemeinheit. Wir sollen Solidarität üben und die Leute bestrafen, und Müller sagt ihnen vorher: Bei uns seid ihr immer willkommen.

Ein andres Vorwissen: Der früher christlich organisierte Maurer Vigus aus Poppo tritt zu uns über. Als der christliche Krankenassistenten Grubba dies erfährt, erklärt er ihm: Wenn Du nicht dem christlichen Verband wieder beitreiffst, werde ich dafür sorgen, daß Dir Deine Militärente entzogen wird. Wenn Du aber wieder christlich wirst, werde ich Dir auch Arbeit beschaffen. Dieser Drohung hat sich Vigus gefügt. U. A. w. g.

Die Führer des christlichen Bauhandwerkerverbandes mögen selbst entscheiden, ob sie die Interessen der Kollegen mitbetreten wollen, dann werden wir bei Lohnkämpfen uns leicht verständigen. Voraussetzung dafür ist, daß

1. Streiks und Sperren des einen Verbandes dem dem andern respektiert werden, auch wenn die Verständigungsform nicht vorher bis auf Tischfellen auf dem i erfüllt ist;
2. bei Streikigkeiten auf den Bauten die Obmannen des christlichen Verbandes nicht hinter unsern Rücken zum Unternehmer rennen, um zu verhandeln;
3. der Kampf gegen die Streikbrecher nicht habdurd illudrisch gemacht wird, indem der christliche Verband die von uns ausgeschlossenen sofort aufnimmt.

Wenn dann noch die gemeinen Denunziationen und die nicht minder betwerflichen Saalabtreibungen unter

bleiben, so können wir es ruhig der Betreffend der beiden Verbände überlassen, welcher Organisation sich die Kollegen anschließen wollen.

### Internationale Maurerbewegung. Schweiz.

Der Streik in Winterthur ist immer noch nicht zu Ende. Die Werkfirma Gebürli Sulzer steht im Begriffe ein neues Fabrikgebäude erstellen zu lassen. Krödem sich die hürgeleiche Presse, allen voran das Hoforgan der Firma Sulzer, das „Neue Winterthurer Tageblatt“, seit Wochen eifrig bemüht, den Maurerstreik totalzuliegen, ist es den Baumestern und ihren Helferhelfern, den Streikbrecheragenten, auch jetzt noch nicht gelungen, eine größere Anzahl Streikbrecher zu gewinnen. Der Versuch, Streikbrecher aus kulturell rückständigen Ländern zu importieren, ist vollständig mißlungen. Das Hindernis aber die oben erwähnte Firma nicht, auf dem Gebiete des Streikbrecherfangens neue Versuche zu machen. In den nächsten Tagen erwartet sie eine größere Anzahl dieser nützlichen Elemente, die sie allem Anschein nach in der Fabrik unterzubringen gedenkt. In diesem Zwecke wurde bereits eine Parade als Unterfunktsraum mit circa 50 Schlafstellen gebaut. Es ist nun Pflicht unserer Kollegen, ein wahrhaftiges Auge auf Arbeitertransporte zu haben, damit auch diesmal der Streikbrecherimport in die Drieche geht. Sachdienliche Mitteilungen sind auf dem kürzesten Wege an das Arbeitersekretariat in Winterthur zu richten.

### Zentralrankenkasse. („Grundstein zur Einheit“)

In der Woche vom 3. bis 9. Oktober sind folgende Beiträge eingegangen: Von der britischen Verwaltung in Hamburg M. 500, Sacher 280, Driesen 200, Wandsb. 200, Schwartau 198,94, Semler 150, Wandsb. 150, Bromberg 150, Lemplin 100, Leipzig-Gohlis 100, Gernrode 85, Eilenburg 60, Summa M. 2178,94.  
Zusatz ergibt Bügel-Wiedelsbad M. 200.  
Altona, 9. Oktober 1909.  
Karl Reih, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

### Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.  
Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Bauchschürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorfällen auf den Baustellen schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

W a u e n. Nachdem beim Bauunternehmer Strauch hier bereits am 25. September ein Kellergerölle eingestürzt war, stürzte am 30. September ein drei Stockwerke hoher Stiebel in sich zusammen. Noch im letzten Augenblick sollte dem Einsturz durch Stößeisen und Pfeilermauern vorgebeugt werden. Die Maurer erkannten aber die Gefahr und gingen noch rechtzeitig vom Bau. Es ist ein Wunder, daß bei diesem Unternehmer nicht schon früher etwas passiert ist. Die Arbeit muß mit einer Hast ausgeführt werden, die eine solche Arbeit unmöglich macht. Das Mauerwerk im Keller ist bis zur Sodehöhe mit Bruchsteinen fast ohne Wider zusammengepackt; dazu wurde minderwertiger Kalk verwendet, der nicht einmal richtig vermerkt war. Auch sonst wurde oft gegen die Regeln der Baukunst verstoßen. Von dem Unternehmer wurde schon immer gesagt, daß er wohl das „Sparen“ recht gut verstehe, aber zur Leistung eines Baues nicht die nötigen Kenntnisse habe. Durch den Einsturz ist der Wahrheitsbeweis für diese Behauptung vollausbracht.

Br a n d e n b u r g. Am 30. September wurde an der Wredowbrücke von einem vorbeifahrenden Kollwagen die Kistung umgerissen, wobei der Maurer Karl Wehe etwa 6 m hoch abstürzte. Er zog sich Verletzungen am Kopf und an den Hüften zu. Ein anderer Maurer kletterte sich an Eisenstelen fest und wurde dadurch vor dem Absturz bewahrt. Die städtische Behörde hätte wohl in diesem Falle die Pflicht gehabt, die betreffende Straße zu sperren.

E i l e n b u r g. Am Neubau des Schäfergebäudes in Hahlowitz bei Eilenburg stürzte am 5. Oktober der Maurer Friedrich Wilhelm aus einer Höhe von 8 m ab, wobei er sich drei Rippenbrüche und eine Hüftgelenksfraktur zuzog. Veraltete Hilfe war sofort zur Stelle.

E l b i n g. Ein entsetzliches Baumglück ereignete sich am 7. Oktober auf dem Neubau der Schießerschützenriegefabrik in der Seilgengießstraße. Der vier Stock hohe Neubau war im Rohbau fast fertig und das Dach schon gerichtet. Mehrere Arbeiter waren mit dem Ausbau eines Turmes, der das Dach krönen sollte, beschäftigt, als plötzlich gegen 9 Uhr vormittags die oberste Decke einstürzte. Die Steinmassen durchschlugen die unteren Decken und die Kellerräume, und der größte Teil der Arbeiter stürzte in die Tiefe. Die Feuerwehr nahm sofort die Aufräumarbeiten an Angriff und zog unter den Trümmern als Opfer des Unglücks zwei tote und fünf schwerverletzte hervor. Drei weitere tote wurden durch die unausgesetzte tätigen Maurer und Feuerwehrlente erst in der folgenden Nacht unter den Trümmern aufgefunden. Einige Maurer konnten sich beim Einsturz an den Umfassungsmauern halten und kamen mit leichteren Verletzungen oder mit dem bloßen Schrecken davon. Ueber die Ursachen des Unfalls merkt die „Elbinger Zeitung“: Die Eisenbetondecken, eine Arbeit im Werte von 18.000, waren der Danziger Polat-Eisenbeton-Gesellschaft zur Ausführung übergeben. Es fiel auf, daß die Gesellschaft zwei- oder dreimal bei dem Schießerschützen Neubau den Betonmeister wechselte. Wenn dieser Wechsel auch nicht direkt als Ursache des Unglücks gelten

kann, so dürfte er doch nicht ganz ohne Einfluß gewesen sein; denn der letzte Betonmeister wurde abgelöst durch einen blutigen Techniker Namens Hermann Broszeit aus Danzig. 23 Jahre alt, der mit diesem Amt überhaupt zum ersten Male eine verantwortliche Stellung bekleidete. Vor einigen Tagen fiel es einigen Baumestern bei einem Durchstreiten des Neubaus auf, daß die neue Decke im obersten Stockwerk mangelhaft hergestellt war. Vielleicht war dieser Mangel bei anhaltendem warmem, heinigen Wetter unbedeutend geblieben. Da aber trat Regen ein, die Festigung der Eisenbetondecke aufgehoben, und weil die Steifen ungenügend waren, senkte sich der mittlere Teil der Decke, stürzte herab und das Unglück wurde geschah. Ein Teil des Turmes, der mitgerissen wurde, vermehrte das Materialgewicht, das trachten in die Tiefe saute und die unteren Decken durchschlug. Andererseits wird behauptet, daß die Verstärkung gebrochen war und leider nicht wieder erneuert wurde. Eine dritte Verbindung gibt an, daß der Techniker am Morgen des Unglückstages die Verstärkung fortnehmen ließ und bald darauf das Unglück geschah. Festzusetzen scheint nach allem, was man hört, daß die Ursache in der Decke lag. Die größte Zeit des Dagederites ist mit in die Tiefe gezogen worden. Ob die Materialbeschaffenheit unzureichend war oder das Deckenwerk selbst zu bedenklichen Anlaß gab, diese Feststellung muß der Sachverständigenprüfung vorbehalten bleiben, die sofort nach der Aufräumungsarbeiten vorgenommen werden soll. Das Mauerwerk der Wandflächen hat sich im allgemeinen als fest erwiesen. — Eine spätere Meldung besagt, daß bald nach Wegnahme der Verstärkung ein Teil der obersten Decke abstürzte und daß dann die Decke einstürzte, ehe die Arbeiter wußten, was eigentlich los war. Die fünf schwerverletzten befinden sich im Krankenhaus. Lebensgefahr soll bei ihnen nicht vorliegen. Der Techniker Broszeit wurde zunächst verhaftet, dann aber wieder freigelassen, da sich herausgestellt haben soll, daß s c h l e c h t e s Material das Unglück verschuldet. — Uns wird noch mitgeteilt, daß die Arbeiter von der Betonbaufirma aufs äußerste zur Arbeit angetrieben worden sind.

G a m b o r n - M a r t l o s. Schon wieder ereignete sich hier am 8. Oktober ein folgenschweres Baumglück, indem der in der Daßstraße in Martlos von dem Unternehmer Eisbrüngen geleitete Neubau zum Teil in sich zusammenstürzte. Der Einsturz erfolgte, als man damit beschäftigt war, mehrere Träger an einem Mast hochzuheben. Der Koller und ein Bauarbeiter wurden mit in die Tiefe gerissen. Der erstere konnte nur noch als Leiche aus den Trümmern hervorgeholt werden; der Bauarbeiter wurde schwer verletzt. Der schlechte Verband im Mauerwerk sowie die Verarbeitung von schlechtem Bindungsmaterial scheint die Hauptursache dieses Unglücks gewesen zu sein. Bei dem wilden Draufloswühlen, das sich in Martlos durch das fortwährende Antreiben der Arbeiter durch die Unternehmer eingebürgert hat, müssen solche Katastrophen eintreten. Sicherheitsvorkehrungen, wie Absteifen der durch das Hin- und Hertransportieren von Eisen sehr in Mitleidenenschaft gezogenen Mauern oder das Anlegen von Gerüsten, von denen die Träger an ihren Platz gebracht werden, sind in dieser Gegend Nebenache. Alles tangt auf den freistehenden, frisch gemauerten Wänden herum. Der Koller schreit: „Einen Hund!“, und bei der gemeinsamen Kraftanstrengung der Arbeiter ist es natürlich, daß solche mit schlechtem Material hergestellte Mauern ins Wanken geraten und einstürzen. Sicherheitsvorrichtungen treffen, Gerüste bauen usw. kostet aber Geld, und wenn es bei unsern Bauunternehmern an den gefühligen Profit geht, dann hört die Gemütslichkeit auf. Es sind ja auch „nur“ Arbeiter, die da ihr Leben einbüssen. Auf allen Baustellen sollten unsere Kollegen gegen solche standlosen Zustände mit Energie Front machen. Besonders in Rheinland und Westfalen sollte diesen Bauwüsten energig entgegengetreten werden.

M a g d e b u r g. Montag, den 11. d. M., mittags, kurz vor 12 Uhr, ereignete sich auf dem Bau Königsee in der Bionierstraße 4 ein schwerer Baumfall. Es lagerten nach Angabe des Kollers ungefähr 1000 Steine auf der Balkenlage, als plötzlich die Wechslung ausbrach und mit dem Material in die Tiefe ging, dabei die erste Balkenlage und die Kellerrappen durchschlagend. Die beiden Bauarbeiter Herzog und Fischer fielen mit herunter. Fischer mußte in bewußtlosem Zustande nach dem Krankenhause transportiert werden. Wer trägt die Schuld an diesem Unfall? Hier war wieder einmal in allem gesündigt, was das Hochgehen der Häuser mit sich bringt: Balken gelegt, Steine hinauf und dann wie wild darauf losgearbeitet. Leiterränge werden dort angelegt, wo Wechsel liegen. Wenn sofort abgesteift wird, dann geht es, aber Zeit ist Geld. Wenn die Woche um ist, muß die Etage fertig sein, damit die Bauarbeit fällig wird. Diesem elenden System ist schon so mancher braver Kollege zum Opfer gefallen und so auch hier. Wäre die Bauleitung aufmerksam gewesen, so hätte dies Unglück vermieden werden können. Aber es kommt noch schlimmeres hinzu: Der städtische Baukontrolleur W. hatte vormittags den Bau besichtigt und nichts zu monieren gehabt, er ist den Leiterrang passier und mußte als Fachmann sehen, daß der Balkenwechsel bei der üblichen Belastung abgesteift werden mußte. Wer wie der Beamte dieses nicht gesehen hat, hat er auch die übrigen Mißstände, die hier bestehen, nicht entdekt. Es steht in der Bauordnung: Gerüstbretter müssen eine Mindeststärke von 3 cm besitzen, und was liegt auf diesem Bau? Schalbretter, woraus man beim bloßen Darübergehen die Beine brechen kann. Darauf wird gearbeitet. Die Maurer sagten, unten seien die Bretter noch schlechter gewesen. Dann steht in der Bauordnung: Auf der Seite des Hauses, wo Arbeiter beschäftigt sind, sind in Höhe des Erdgeschosses ausgekletterte, mindestens 2 m breite Schutzrüttungen anzubringen. Auf allen drei Bauten, die R. hier aufgeführt hat, ist von einer derartigen Sicherung nichts zu sehen. Wie fragen: Sollen die Verordnungen bloß auf dem Papier stehen, und wogu sind die Beamten da? Wenn sie derartige grobe Fehler nicht sehen, dann müssen sie notwendig durch bessere ersetzt werden.

M ü r n b e r g. Am 29. September stürzte an der Kreislandwirtschaftlichen Schule ein Hilfsarbeiter ein Stockwerk hoch herab, wobei er sich einen Schenkel- und Beinbruch zuzog. Der Unglücksfall passierte dadurch, daß

auf Anordnung des hiesigen Kollers die Arbeiter auf einer Lauftreppe gehen mußten, die noch nicht befestigt war. Als drei Arbeiter glücklich hinaufgekommen waren, kutschte die Treppe mit dem vierten ab. Die Arbeiter hatten den Koller auf das gefahrliche seiner Maßnahme aufmerksam gemacht; er ließ sich jedoch von seinem Vorhaben nicht abbringen.

S c h o n e a. Hier stürzte am Neubau der Badeanstalt das an der Hinterwand aufgestellte Gerüst zusammen, wobei vier österreichische Arbeiter vom vierten Stockwerk in die Tiefe stürzten und ein Verletzt unter den Trümmern ergraben wurde. Die Verunglückten sind zum Teil schwer verletzt. Das Unglück soll dadurch entstanden sein, daß die Arbeiter einen Sand hart gewordenen Zement auf der Kistung durch Klopfen müde machen wollten, wobei die Kistung, die schlecht verschwert war, nach außen geschoben wurde.

W o r m s. Am 6. Oktober ereignete sich bei den Korrektionsarbeiten am rechten Rheinufer, die von der Firma Behrlaut aus Mainz ausgeführt werden, ein schwerer Unglücksfall. Die 23 Jahre alten ledigen Arbeiter Johann Peter Ofenloch aus Würzburg und Steiner aus Worms fuhrten mit einem mit Ausschüttmaterial gefüllten Rippwagen über ein Gerüst. Als sie den Wagen umkippen wollten, brach das Gerüst zusammen und die beiden mußten schwer verletzt vom Platte getragen werden. Der Unfall ist auf große Fahrlässigkeit und auf die außergewöhnliche Antriebserei des aufsichtführenden Personals der Firma zurückzuführen.

\* Eine Arbeitergarnitur bei Straßburg. Die Stadt Straßburg in Verbindung mit einer Folge seit mehreren Jahren bestehenden gemeinnützigen Baugenossenschaft wird bis zum Oktober 1910 eine Arbeiterstadt im Gartenstil herstellen, die etwa 350 Wohnungen, sowie ein Leibensheim mit 150 Betten enthalten soll. Diese schnelle Schaffung von Arbeiterwohnungen ist notwendig geworden, da wegen Umbauten der Bahn- und Hofanlagen ein Arbeiterquartier niedrigeren werden muß, also für neue Wohnungen Rat zu schaffen ist. Es ist dankeenswert, daß dabei alle Fortschritte des gemeinnützigen Wohnungsbaus berücksichtigt werden. Die Stadt stellt 22 ha Baugelände in einem Vorort zu billigem Preise zur Verfügung, die Landesversicherungsanstalt für Elsaß-Lothringen gibt große Hypotheken zu billigem Preis. Für gute Verkehrsmittel mit dem Zentrum der Stadt ist gesorgt. Die Häuser, die jedes mit Garten versehen sind, werden ein künstlerisches Aussehen erhalten; auch der Bebauungsplan soll sich künstlerischen Zwecken anschließen, wenn auch natürlich die Forderung der Hygiene in erster Linie kommen. In dieser Beziehung will man sich auf den sachverständigen Rat der Arbeiterschaft selbst verlassen. In die Kommissionen, die die Pläne begutachten sollen, hat bessere Beamten ersetzt werden.

### Gewerkschaftliches.

Flugblätter, betreffend Agitation zur Erringung des Wahlrechts für die Arbeiterinnen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, verendet die Generalkommission. Die weitere Veranlagung von Frauen und Mädchen zur Erwerbsarbeit und die der Gesamtarbeiterschaft daraus erwachenden Schäden machen energischer Bemühungen, die Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen, notwendig. Deshalb sollen in kurzen Zwischenräumen zwei weitere Flugblätter folgen, von denen das eine allgemein von den Leistungen der Organisation spricht und das andere die bereits erzielten Erfolge behandelt. Alle drei Flugblätter bilden eine Serie und können der Reihe nach unter den Arbeiterinnen verteilt werden. Die Flugblätter sind zu behalten, daß sie für alle Verbände benützt werden können. Sie werden den Gewerkschaftsstellen oder den örtlichen Parteistellen oder Filialleitungen der Verbände gratis in beliebiger Anzahl zur Verfügung gestellt. Bestellungen sind an die Generalkommission zu richten.

### Soziales.

\* Was darf vom Lohne abgezogen werden? Darüber bestehen sowohl in Unternehmer- wie in Arbeiterkreisen noch tiefes Zweiheil. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß der Unternehmer zwei Drittel der Krankenkassenbeiträge und die Hälfte der Beiträge zur Invaliden- und Altersversicherung vom Lohne in Abzug bringen kann. Vertragsmäßige Abweichungen sind nur zugunsten des Arbeiters zulässig. Der Abzug kann jedoch bei den Lohnzahlungen erfolgen. Ist es jedoch unterlassen worden, bei den jeweiligen Lohnzahlungen solche Abzüge zu machen, so kann nachträglich nur noch für die letzten zwei Lohnperioden ein Abzug erfolgen. Unter Lohnperiode versteht man die Zeitraum, nach deren Ablauf der Lohn vereinbarungsgemäß oder herkömmlichweise zu zahlen ist (zum Beispiel wöchentlich oder vierzehntägig), ohne Rücksicht darauf, ob der Lohn an den Fälligkeitstermin tatsächlich verlangt und bezahlt wurde oder nicht. Ferner sind gemäß § 119 a der Gewerbeordnung Lohnneubehaltungen (Kautionen) gestattet, die von Gewerbeunternehmern zur Sicherung des Erfolges eines ihnen aus der widerrechtlichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses erwachsenden Schadens oder einer für diesen Fall vorzubreitenden Strafe auszubringen werden, jedoch nur bei Personen, die über A 1500 Jahreslohn verdienen. Die Höhe der Kautionen darf bei den einzelnen Lohnzahlungen ein Viertel des fälligen Lohnes, im Gesamtbetrag den Betrag eines durchschnittlichen Wochenlohnes, nicht übersteigen. Außerdem dürfen diese Lohnneubehaltungen nur erfolgen, wenn dies im Einverständnis mit dem Arbeiter ausdrücklich (mündlich oder schriftlich) im Arbeitsvertrage festgelegt wurde. Sonstige Lohnabzüge sind regelmäßig unzulässig.

### Polizei und Gerichte.

**\* Streikjustiz.** Während des Mattenlegerstreiks in Straßburg i. E. l. im Mai d. J. begaben sich einige Streikposten nachts zwischen 11 und 12 Uhr in den Hof des Neubaus der Artilleriekaserne in Nordhof-Neuhof bei Straßburg, um mit den sechs im Mannschaftsgebäude untergebrachten Arbeitswilligen zu sprechen, weil sie schon während des Tages zu erkennen gegeben hatten, daß sie abtreten wollten, wenn ihnen die Geldmittel zur Verfügung gestellt würden. Die Streikenden wählten die Nachtzeit, weil sie am Tage nicht an die Arbeitswilligen herankommen konnten, die von Schutzmännern besetzt wurden. Die Streikenden gelangten durch zwei probierische Holstore, die nicht verschlossen waren, in das Grundstück. Ihnen schlossen sich aus Neugierde noch einige Kfzler an, die ebenfalls in der Kaserne Streikposten fanden. Es gelang ihnen aber nicht, mit den Streikbrechern zu reden, da sie gar nicht mußten, in welchem Zimmer sich diese befanden, und sie auf Anrufe keine Antwort erhielten. Sie zogen deshalb wieder ab. Polizei und Staatsanwaltschaft machten aus der Bagatelle aber eine große Staatsaktion. Die Polizei berichtete, etwa 20 Streikende mit Knüppeln bewaffnet — was die Arbeiter energisch bestritten — seien in die Kaserne eingedrungen und hätten die Arbeitswilligen mit Säbelschneidern (1) bedroht. Selbst der Staatsanwaltschaft schien die Angabe übertrieben. Sie leitete zunächst ein Verfahren wegen einfachen Hausfriedensbruchs ein und fragte bei der Stadterhaltung, der Westerin des Kasernegrundstückes an, ob sie Strafantrag stellen wollte. Die Stadterhaltung lehnte das Ansuchen ab; sie hatte kein Interesse daran, daß die Streikenden, die keinem Menschen etwas zuleide getan hatten und sich nicht bewußt waren, einen Hausfriedensbruch begangen zu haben, bestraft würden. Trotzdem konstruierte die Staatsanwaltschaft auf Grund der Polizeianzeige einen komplizierten Hausfriedensbruch im Sinne des § 123 Abs 3 des Strafgesetzbuchs, in welchem Fall ein Strafantrag nicht notwendig ist. 16 Angeklagte hatten sich nun am 5. Oktober vor dem Schöffengericht in Straßburg zu verantworten. Die Angeklagten bestritten die ihnen zur Last gelegten Handlungen, sie hätten keine Verabredung zu gemeinschaftlichem Vorgehen getroffen und keine Waffen getragen; das Grundstück sei offen gewesen. Das Gericht aber kam auf Grund der Aussagen des früheren Nachtwächters in der Kaserne, die nichts weniger als sicher waren, und eines Hausmannes, der seine Kenntnisse erst wieder von dem Nachtwächter hatte, zu einer Verurteilung. 15 Angeklagte erhielten eine Woche Gefängnis, ein Minberjähriger einen Verweis. Der Staatsanwalt hatte für einige Angeklagte zwei Wochen, für die andern einen Monat Gefängnis beantragt.

**\* Streikprozesse ohne Ende** hagelt es in Pörschheim. Die Staatsanwaltschaft hat während des Streiks infolge auf Anträge gegen die im Kampf um die Verbesserung ihrer Lage stehenden Maurer erhoben. Trotzdem seit Wochen das Schöffengericht fast in jeder Sitzung einen oder gar mehrere solcher Fälle aburteilt, wollen die Angeklagten kein Ende nehmen. In den letzten Tagen standen wieder drei Fälle zu Verhandlungen. Ein Maurer wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt, weil er das Verbrechen begangen hatte, bei der Ankunft von Streikbrechern auf dem Bahnhofsplatz zu stehen. Er wurde verhaftet, und da er sich keiner strafbaren Handlung bewußt war, sträubte er sich und protestierte gegen seine Verhaftung. Dafür erhielt er noch einen Sabelstich. In einem zweiten Falle war ein Vorarbeiter Zuhörer bei einem Auktionsauf. Er entrißte sich wegen des provozierenden Verhaltens der Polizei und sagte: „Sind wir denn in Rußland oder in China?“ Er wurde aufgefordert, weiterzugehen. Er ging dann auf der Straße auf und ab, was nach der Ansicht des Amtsanwalts „aufreizend“ gewesen ist. Er erhielt 20 Geldstrafe.

### Verschiedenes.

**\* Arbeitersteno-graphen Stolze-Schreyer'scher Richtung** seien darauf aufmerksam gemacht, daß seit dem 1. Oktober ein Arbeiter-Steno-graphenverband zur Pflege dieses Systems besteht. Der unterzeichnete Vorsteher fordert alle system-tunigen Genossen sowie die Arbeiter-Steno-graphenvereine auf, dem Verbands beizutreten. Der Jahresbeitrag ist für Einzelmitglieder M. 1, für Vereine pro Mitglied 60 M., wofür den Mitgliedern Lesestoffe geliefert werden.  
Fritz Hagewo, Hamburg 15, Hammerbrookstr. 70, I. Et.

### Kennt ihr ihn?

Er wandert zur Stadt, 's geht auf Sonnabend nacht. Und Verbandsstiftung ist. Er sag, schlecht sei's gemacht, Einen Arbeiter drängen, der verdient nur so schwer, Soviel Beitrag zu zahlen, und er will auch nicht mehr.  
Er geht in ein Wirtshaus, bestellt ein Glas Bier. Das kommt auf den Tisch, und er trinkt es mit Gier. Dann beginnt er zu rechnen, in ihm arbeitet's stark: „Das kann kein Mann zahlen bei täglich drei Mark!“  
Das Bier ist getrunken, ein zweites kommt dran, Und grad recht kommt jetzt ein Kollege heran. Dem bringt er ein Glas, das wir gerne gesehn; Denn es ist noch zu früh, zur Versammlung zu gehn.  
„Was meinst du vom Beitrag? Sag's frei nur heraus! Ist er nicht viel zu hoch? Ja, sie näh'n uns aus.“  
„Wohi, ich sag dir den Grund auch, ganz offen und frei, Doch erst zwei Glas Bier! Sonst verdurst' ich dabei.“  
Und der andre fährt fort in dem gleichen Ton: Für den Haushalt geht drauf und für Miete der Lohn; Dann heißt's Kleider gekauft und Schulbücher und Schuß, Wo bleibt da noch Geld für den Beitrag dazu?

\* a. K. Nach dem Englischen der amerikanischen Formzeitung.

Und sie saßen und schwapten — nun war's schon nach zehn, Da war es zu spät zur Versammlung zu geh'n. Also noch zwei Glas Bier und die Karten heran, Daß man sich die Zeit noch vertreiben kann.

Und sie spielten und tranken bis tief in die Nacht, Da wurde die Kneipe nun zugemacht, Mehr als drei Mark machte die Bege dort, Die gabste er schweigend, dann gingen sie fort.

Hei, wie schalt da die Frau, als er stolpert ins Haus, Doch er klagte, die Sitzung war eher nicht aus. Und der Beitrag macht einen Haufen Geld, Und mit dem Verband ist's ganz faul bestellt!

### Eingegangene Schriften.

„Die Neue Zeit“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Heft 2 des 28. Jahrgangs.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Abgehalten zu Leipzig vom 12. bis 18. September 1909. — Aus den Verhandlungen erwähnen wir besonders: Schnapsboykott. — Erbschaftsteuer. — Waiseiter. — Internationaler Kongress. — Reichsversicherungsordnung. Preis brosch. M. 1,25, geb. M. 1,75. Auf gutem holzfreiem Papier brosch. M. 2,50, geb. M. 3,50. Zu beziehen durch alle Parteidistributionen und Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

**Biblische Geschichten.** Unter diesem Gesamttitel beginnt im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, soeben eine Prospektserie zu erscheinen, die zum geschichtlichen Verständnis der Religion beitragen soll. Verfasser ist der Genosse W. A. M. Aurenbrecher, der über das Werk in seinem Geleitwort u. a. schreibt: „Die Religionsgeschichte zeigt wie alle andere menschliche Geschichte auch, ein Nennander und Veiinander von ehlen, erhebenden und großen Gefühlen und von heintlicher Selbstsucht, Herrschsucht und Neid. Die Religion ist nicht nur eine plumpe Täuschung der Massen durch habgierige Priester, und sie ist nicht nur ein Reden und Streben der Menschen nach eiderem, höherem Leben. Sie ist beides zugleich! Es wird ein besonderes Ziel der Darstellung sein, an gegebener Stelle des Veiinander ehler und unehler Kräfte zu zeigen. Was groß und erhebend ist, soll auch so genannt werden, gleichviel ob wir heute noch die Gedanken oder Gefühle teilen können, die damals die Menschen bewegt haben; und wo Priesterfäulnis und Priesterelbstsucht die Entwicklung der Religion entscheidend beeinflusst haben, soll ungeschminkt auch von Trug und Eigennutz gesprochen werden, gleichviel ob Nachfolger solcher Priester sich heute dadurch beleidigt fühlen könnten oder nicht. Es sollen die beiden Seiten der Sache zur Darstellung kommen, die nun einmal in der Religion Wirklichkeit sind.“

Heft 1, Schöpfungsgeschichten, gelangte soeben zur Ausgabe. Dasselbe enthält folgende Kapitel: Die verschiedenen Schöpfungsgeschichten der Bibel. — Die Geschichte von Mann und Weib. — Die Geschichte von verlorenen Paradiesen. — Die Geschichte von der Schöpfungswache. Jedes Heft kostet M. 1. Volksausgaben 40 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Zeitungs- und franko vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

„Die Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Heft 1 des 20. Jahrgangs. Mit den Beilagen: „Für unsre Mütter und Hausfrauen“ und „Für unsre Kinder.“ Preis 10 M.

„In Freien Stunden“. Wochenschrift für Arbeiterfamilien. Seite 39 und 40.

„Der wahre Jacob“, sozialdemokratisches Wochblatt. Nr. 21 des 26. Jahrgangs. Preis 10 M.

„Der Süddeutsche Postillon“. Nr. 21. Preis 10 M. Verlag von M. Ernst, München.

### Briefkasten.

An den Zentralleiter des Rolandschachts“ und die „Gesellschaft der fremden Maurer in London“. Sie beanstanden in dem Artikel „Auswüchse“ in Nr. 38 des Grundstein“ die Bezeichnung der Angehörigen Ihrer Bruderschaft als „dumme und graugrüne Jungen“, obwohl Sie die Vorkommnisse in Jena scharf verurteilten. Wir wissen, daß auch ältere Kollegen der einen oder der andern der genannten Gesellschaften angehören, aber solche sind doch hoffentlich bei der Exzesse nicht beteiligt gewesen und sie können sich deshalb durch die von uns gewählte Bezeichnung auch nicht getroffen fühlen: Es wäre ja noch schlimmer, wenn unter den Bababürden und Prügelhelmen erfahrene Männer gewesen wären. Also lassen wir es ruhig bei dem „graugrünen“. Uebrigens werden sich wohl noch andre Verbandsinstanzen mit der Frage beschäftigen müssen, ob es ratsam ist, daß sich innerhalb des Verbandes Klubs bilden, die fast keinen Zweck haben, als sich gegenseitig zu beschimpfen und zu veräulen. Es gab eine Zeit, wo Angehörige der Gesellschaft der fremden Maurer der modernen Arbeiterbewegung als Moniere gebiet haben (zu den Rolandschächtern gehörten nur die „Stumpfhühner“); aber heute kommen sie dafür so gut wie gar nicht mehr in Betracht. Desho mehr erregen sie in vielen Orten Mergens und Unfrieden in der Organisation, so daß man neben für die „Schwarzen“ noch für die „Blauen“ Sympathie haben kann.

### Anzeigen.

#### Sterbetafel.

Berlin. Bahnhofsstr. 11. G. Kleinde. Am 2. Oktober starb unser treues Mitglied Herrm. Lehmann im Alter von 81 Jahren.  
Göbing. Am 6. Oktober starb infolge eines schrecklichen Baunfallstodes unser Kollege Herrmann Braun im Alter von 40 Jahren.  
Göbing. Am 10. Oktober starb nach langer, schwerer Krankheit der Kollege Johann Sandhop im Alter von 59 Jahren an Lungentuberkulose.  
Leipzig. Am 3. Oktober starb unser langjähriger Verbandskollege Ernst Zeidler im Alter von 52 Jahren an Herzschlag.  
Lützenfeld. Am 4. Oktober starb nach langem Leiden unser treuer Kollege Wilhelm Witkop im Alter von 28 Jahren an Herzleiden.  
Magdeburg. Diesdorf. Am 6. Oktober starb unser langjähriger Verbandsmitglied Hermann Schweitzer im Alter von 52 Jahren an der Aortenerkrankung.  
München. Schwabing. Am 5. Oktober starb nach längerer Krankheit unser Verbandskollege Max Meierhofer im Alter von 47 Jahren an Lungentuberkulose.  
Weiterwitz. Am 5. Oktober starb unser treues Verbandsmitglied Gottlieb Sulek im Alter von 51 Jahren an Lungentuberkulose.  
Wien. Am 4. Oktober starb unser Verbandskollege Zacharias Pfefferkorn im Alter von 60 Jahren an Asthma.  
Sagan. Am 1. Oktober starb unser Kollege Rudolf Hermstadt im Alter von 70 Jahren an Wasserleiden.  
Sagan. Am 2. Oktober starb unser treuer Kollege Paul Schulz aus Liebenzig im Alter von 19 Jahren.  
Ehre ihrem Andenken!

**Karl Seifert**, geboren am 16. November 1889 zu Halle a. d. S., wird-bon seinen Eltern getücht. Wer seine Adresse angeben kann, wolle sie sofort an Carl Deege, Halle a. d. S., Burgstr. 27, gelangen lassen. Der Vorstand des Zweigvereins Halle a. d. S.

#### Adressenveränderungen.

(V bedeutet: Vorsteher, K. Kassierer, L. Verbandsrat, H. Herberge, R. Revisor, U. Unterstättung wird ausgesagt bei.)  
Kolmar i. P. V. Bruno Malinowski und K. Ernst Kohu wohnen-Schulstr. 4.

#### Versammlungs-Anzeiger.

**Verbandsversammlungen der Maurer.**  
Sonnabend, den 16. Oktober.  
Bergedorf. Abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Wandte.  
Sonntag, den 17. Oktober.  
Luckenwalde. Wichtige Tagesordnung!  
Neustrelitz. Abends 8 Uhr im Vereinslokal, Mühlentstraße. Referent ist anwesend.  
Wiesenburg. Abends 8 Uhr im Vereinslokal.  
Dienstag, den 19. Oktober.  
Berlin. Section der Spitz- und Zementbranche. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 16.  
Striegau. Abends 6 1/2 Uhr im „Gasthof zum Fürst Bismarck“.  
Donnerstag, den 21. Oktober.  
Grünberg i. Schl. Abends 8 Uhr im Wams Lokal.  
Sonntag, den 24. Oktober.  
Cöln. Vorm. 11 Uhr im „Vollhaus“, Severinsstr. 199. Z. O.: Vorstands- und Kassierervertrag. Anträge des Vorstandes und der Mitglieder. Wähler sind mitzubringen.  
Danzig. Abends 8 Uhr bei Schmitz, Fischmarkt 6. Z. O.: Abrechnung vom letzten Quartal. Verschiedenes.  
Düchelsdorf. Abends 8 Uhr bei Dahme. Mitgliedsbücher abholen.  
Schreibberau i. R. Abends 8 Uhr im „Gasthof zur Linde“. Referent: Buch erscheinen.  
Dienstag, den 26. Oktober.  
Sagan. Abends 8 Uhr im „Gasthof zum Deutschen Reich“.  
Folierer und Steinholzleger.  
Sonntag, den 17. Oktober.  
Dresden. Vorm. 11 Uhr Generalversammlung im Volkshaus.  
Mittwoch, den 20. Oktober.  
Berlin. (Folierer.) Generalversammlung bei Freiheit, Dragonerstr. 15.  
Zentralkrankenkasse der Maurer usw.  
Sonnabend, den 16. Oktober.  
Mahlisdorf a. d. Ostb. Abends 8 1/2 Uhr bei Müller, Berliner Chaussee. Verschiedenes. Z. O.: Kassenertrag. Maß des Bevollmächtigten.  
Sonntag, den 17. Oktober.  
Luckenwalde. Abends 8 Uhr bei Lehmann, Siffstr. 2. Z. O.: Abrechnung vom letzten Quartal. Aufnahme in die Sterbetafel. Bericht der Ortsverwaltung.  
Freitag, den 22. Oktober.  
Lichtenberg. Abends 8 Uhr bei Herrn Emil Widenhagen, Schanzenstr. 60. Z. O.: Bericht des Geschäftsführers der Ortskrankenkasse der Kaufleute, Herrn Albert Köhn, über das Krankenversicherungs-geschäft. Abrechnung vom letzten Quartal. Verschiedenes. Mitgliedsbücher legitimieren.